

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Ergebnis wöchentlich am Samstagabend.

Aboimmenspreis Mr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu begleichen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentbehrlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Käpfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenenteil: Eduard Strehmelner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Anzeige für die viergeschossige Zeitung über deren Raum 60 Pg.  
Vereinigungskundgebungen und Arbeitservermittlungen 30 Pg.  
Verfilmungsanzeigen 15 Pg.

## Zum achten Verbandstag.

Der Verbandstag, der sich am 19. Juni in München zu seiner Eröffnungssitzung versammelt, findet den Verband in einer verhältnismäßig günstigen Lage. Während der Verbandstag in Stettin im Jahre 1908 in einer Zeit der tiefsten wirtschaftlichen Krise tagte, welche der freien Organisationsbetätigung recht unliebsam empfundene Schranken bog, ist nunmehr der Tiefstand der Krise überwunden. Und wie das Wirtschaftsleben, so ist auch unser Verband in einer erfreulichen Aufwärtsbewegung begriffen. Unsere Lohnbewegung die sich, verglichen mit der voraufgegangenen Periode, im Jahre 1908 und mehr noch im Jahre 1909 in ziemlich bescheidenen Grenzen halten musste, hat nun wieder ein recht lebhaftes Tempo angeschlagen, und wir haben alle Ursache, mit den bisher erzielten Erfolgen zufrieden zu sein.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Frage der Taktik, die bei unseren Lohnkämpfen einzuschlagen ist, auf dem Verbandstag in München Anlaß zu großen Auseinandersetzungen geben wird. In Stettin ist diese Frage sehr ausgiebig diskutiert worden und die dort aufgestellten Grundsätze waren für unsere Verbandsvertreter die Richtschnur, an welche sie sich bei den langwierigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberkampfverband über die Erneuerung der in diesem Frühjahr abgelaufenen Verträge gehalten haben. Die unbestreitbaren Erfolge, die wir in dieser großen Tarifbewegung errungen haben, sind ein Beweis dafür, daß mit den Stettiner Beschlüssen das Richtige getroffen wurde, und daß wir uns in der Hauptsache darauf beschränken können, diese Beschlüsse zu bestätigen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß auf eine Besprechung der Tarifbewegung, ihrer Begleitscheinungen und ihrer Erfolge verzichtet werden kann. Es wird darüber noch mancherlei zu sagen sein, und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß aus dem einen oder anderen Ort Klage darüber geführt wird, daß nicht genug erreicht worden sei. Solche Klagen sind durchaus verständlich, doch wäre es ungerecht, den Vertretern unserer Organisation daraus einen Vorwurf zu machen. Wenn nicht alles durchgesetzt würde, auf das die Kollegen einen berechtigten Anspruch zu haben glaubten, so ist das in den Verhältnissen begründet, die sich stärker erwiesen als unser Willen. Trotz der den Verträgen noch anhaftenden Mängel darf aber ruhig ausgesprochen werden, daß dank der Geschicklichkeit unserer Unterhändler auf friedlichem Wege mehr erreicht wurde, als mancherorts nach einem opferreichen Kampfe zu erzielen gewesen wäre.

Dem Münchener Verbandstage kann man das Prognostiken stellen, daß er im allgemeinen einen ruhigen Verlauf nehmen wird. Fragen, die einen lebhaften Meinungskampf hervorzuftufen geeignet sind, werden ihm nicht beschäftigen. Die wichtigsten Debatten werden sich an den Vorstandsbereich knüpfen und speziell dürfte neben der Taktik der Tarifbewegung die Agitation eine eingehende Besprechung erfahren. Die Zeit des Mitgliederzuges scheint ja zugleich mit der Wirtschaftskrise überwunden zu sein. Wir schreiten wieder vorwärts! Aber so erfreulich dieser Fortschritt ist, so sanft uns doch der erreichte Mitgliederstand nicht voll befriedigen. Nicht nur, daß mit der Hebung der Konjunktur die Steigerung der Mitgliederzahl ein lebhafteres Tempo antnehmen müsse, es müssen auch Mittel und Wege gesucht werden, den Mitgliederzufluss in der Krise zu verhindern. Die Fluktuation im Verband, die sich ja im Vergleich mit früheren Jahren beträchtlich vermindert hat, weist immer noch ganz erhebliche Risse auf, und es muß versucht werden, diesem Mangel entgegen zu wirken. Größere Aufmerksamkeit als bisher muß auch auf die Heranziehung der Arbeiterinnen zur Organisation gelegt werden. Die weibliche Arbeitskraft findet in der Holzindustrie in steigendem Maße Verwendung, aber die Vermehrung der Arbeiterinnen in der Industrie findet in der Mitgliederzahl unseres Verbandes nicht den entsprechenden Ausdruck. Die Agitation unter den Arbeiterinnen ist ein recht schwieriges Gebiet. Es erfordert viel Takt und ein großes Maß von Geduld, aber es darf deshalb nicht vernachlässigt werden. Den Verwaltungen in den Orten, in welchen Arbeiterinnen in nennenswerter Zahl in der Holzindustrie beschäftigt werden, erblüht hier eine dankbare Aufgabe.

Nach der lebhaften Diskussion, die in der „Holzarbeiterzeitung“ über die Tariffrage gepflogen wurde, könnte man annehmen, daß dieser Punkt der Tagesordnung Anlaß zu besonders scharfen Kämpfen geben würde. Unseres Erachtens werden diejenigen, die sich dieser Erwartung hingeben, eine Enttäuschung erleben. Die vorgenommene Urabstimmung hat gezeigt, daß die überwiegende

Mehrheit der Kollegen, die sich an der Abstimmung beteiligt, für eine Beitragserhöhung ist. Dieses Votum wird für die Sitzung des Verbandstages bestimmd sein. Es ist zwar bezweifelt worden, ob es richtig war, die Mitglieder zu befragen, ehe der Verbandstag gesprochen hat, aber mit Unrecht. Die Erfahrung der Stimme der Mitglieder in dieser wichtigen Frage war zweifellos für diejenigen, welche die Verantwortung für die zu fassenden Beschlüsse tragen, äußerst wertvoll. Der Verbandstag hat damit, daß er bei seinem Zusammentritt schon eine zweifelsfreie Willenskundgebung der Kollegen vorfindet, eine Menge Zeit gespart, die er anderen Dingen zuwenden kann. Einigermassen kommt auch in Betracht, daß mit dem Verbandstag auch die nicht immer in den angenehmsten Formen geführte Diskussion über die Beitragsfrage beendet ist, die sich andernfalls, d. h. wenn die Beschlussfassung dem Verbandstag vorbehalten geblieben und dessen Votum der Urabstimmung unterbreitet worden wäre, wohl noch einige Zeit hingezogen hätte. Nicht zum Vorteil für den Verband.

Ist durch die Urabstimmung die Höhe des ab 1. Juli zu erhebenden Beitrages festgesetzt, so ist damit die Frage, ob Staffelbeiträge eingeführt sind, noch nicht entschieden. Es läßt sich nicht bestreiten, daß eine starke Erhöhung im Verband vorhanden ist, welche die Einführung von Staffelbeiträgen anstrebt. Wollte man die Sitzung unter den Kollegen allein nach den Neuerungen beurteilen, die in der im Verbandsorgan geführten Diskussion laut wurden, dann könnte man sogar zu der Meinung kommen, daß die Einführung von Staffelbeiträgen der im Verband herrschenden Ansicht entspricht. Das Resultat der Urabstimmung hat aber schon gezeigt, daß diese Auffassung unzutreffend ist. Man darf ruhig annehmen, daß die Kollegen, die für die Beitragserhöhung gestimmt haben, auch Gegner der Staffelbeiträge sind, während es andererseits irrg wäre, alle Gegner der Beitragserhöhung als Freunde der Staffelbeiträge anzusprechen. Immerhin läßt es die lebhafte Besprechung, welche die Staffelbeiträge in der gepflogenen Diskussion erfahren haben, erwarten, daß diese Art der Beitragsnormierung auf dem Verbandstag eifrig befürwortet finden wird. Ob sie Erfolg haben werden, darf man allerdings bezweifeln. Gegen die Klassifizierung der Verbandsbeiträge sind so überzeugende Gründe ins Feld geführt worden, daß sich ihnen auch die Mehrheit der Delegierten nicht wird verschließen können.

Wird die Beitragsfrage voraussichtlich Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen geben, so ist das gleiche für die folgenden Punkte der Tagesordnung: Gewerkschaftscongres und internationaler Holzarbeiterkongress kaum anzunehmen. An eine Lösung unseres Verhältnisses zur Generalstimmung denkt heute im Ernst kein Mensch und ebensowenig ist zu erwarten, daß auf dem Verbandstage Einwendungen gegen die Beschlüsse des Gewerkschaftscongres in Hamburg oder des jüngst abgehaltenen außerordentlichen Gewerkschaftscongres in Berlin erhoben werden, der zur Reichsversicherungsordnung Stellung genommen hat. Auf dem Hamburger Gewerkschaftscongres konnte der Vorsitzende in seiner Schlussrede mit Befriedigung konstateren, daß es zwischen den beiden großen Teilen der deutschen Arbeiterbewegung Differenzen in grundföhlichen Fragen überhaupt nicht mehr gibt. Die Befestigung der Nivalein zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gereicht mich uns zur Genugtuung und wir wollen hoffen, daß Strukturen des guten Einvernehmens, welche den Fortschritt der Arbeiterklasse nur hemmen können, für die Dauer vermieden werden.

Bei der internationalen Verbindung der Holzarbeiter ist unser Deutscher Holzarbeiterverband der Gebende. Als die weitauß stärkste der der internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossenen Organisationen haben wir den Hauptteil der Kosten zu tragen, aber wir tragen diese Lasten gern. Es ist heute, im Zeitalter des Verlehrts nicht mehr möglich, sich vom Ausland abzuwenden oder die Industrie und die Arbeiter in fremden Ländern zu ignorieren. Die Länder tauschen nicht nur ihre Waren, sondern auch ihre Arbeiter miteinander aus und da haben wir ein lebhaftes Interesse daran, daß uns nicht durch im Ausland für Schundländer hergestellte Waren Konkurrenz bereitet wird, oder unorganisierte Arbeiter als Lohnarbeiter aus dem Ausland importiert werden. Dazu kommt als wichtiges ideales Moment die Solidarität der Arbeiterklasse, die an den löslich aufgerichteten Grenzen nicht halt macht und für deren Betätigung die Verschiedenheit der Sprache kein Hindernis ist. Aus diesem Grunde pflegen wir die internationale Solidarität, die durch die persönliche Verbindung

mit den Vertretern der ausländischen Bruderverbindungen eine kräftige Förderung erfährt. Auf diesen Standpunkt wird sich auch der Verbandstag stellen und die Bezeichnung des internationalen Holzarbeiterkongresses in Kopenhagen als selbstverständlich akzeptieren.

Das Interesse der Mitglieder am Verbandstag hat sich nicht nur in der lebhaften Diskussion, sondern auch in einer großen Zahl von Anträgen dokumentiert, die zum Verbandstag gestellt sind. Wenn auch nicht alle angenommen werden können, so wird doch jeder einzeln gebührend gewürdigt werden. Dem Verbandstag erwächst hieraus, sowie aus den vorher skizzierten Aufgaben ein reiches Maß von Arbeit. Wir haben aber die feste Übersicht, daß es sein Pensum so erledigt wird, daß das Ergebnis der Beratungen dem Verbande und seinen Mitgliedern zum Nutzen gereicht. In dieser Übersicht begrüßen wir den Verbandstag und wünschen seinen Arbeiten den besten Erfolg.

## Anträge und Anregungen zum Verbandstag.

Der Verbandstag, der alle zwei Jahre zusammentritt, ist die höchste Instanz im Verband. Hier haben der Verbandsvorstand und die Funktionäre des Verbandes über ihr Tun und lassen im Dienste der Organisation vor den gewählten Vertretern der Mitglieder Rechenschaft abzulegen, hier werden die Richtlinien für unsere Arbeit in der nächsten Geschäftsperiode festgelegt, hier werden auch die Gesetze für den Verband gemacht. Der Verbandstag ist in allen, den Verband betreffenden Angelegenheiten souverän. Er allein hat das Recht, das Verbandsstatut zu ändern und an ihn wenden sich die Kollegen, welche dessen Bestimmungen in der einen oder anderen Richtung abgeändert wissen wollen.

Auch dem Verbandstag in München liegen wiederum eine große Zahl von Anträgen vor, die das Interesse erlernen lassen, welches in weiten Kreisen der Kollegenschaft den Verbandsinstanzungen entgegengebracht wird. Eine größere Zahl von Anträgen bezieht sich auf die Beitragsfrage und unter diesen wiederum spielen diejenigen, welche die Einführung von Staffelbeiträgen befürworten, die größte Rolle. Über diese Frage ist im Laufe des Frühjahrs soviel gesprochen und geschrieben worden, daß es schwer fallen dürfte, etwas neues zu sagen. Um die Staffelbeiträge hat sich auch fast ausschließlich die in der „Holzarbeiter-Zeitung“ geführte Diskussion gedreht. Es ist zu zugeben, daß in dieser Diskussion auch einige beachtenswerte Gedanken zum Ausdruck gebracht wurden, im ganzen genommen, hat sie aber gerade keinen erhebenden Eindruck gemacht.

Das Verlangen, den regelmäßigen Verbandsbeitrag um 10 Pf. wöchentlich zu erhöhen, um die Schlagfertigkeit der Organisation zu steigern, ein Verlangen, das von der Wehrheit der Kollegen als durchaus berechtigt anerkannt wurde, hat manche Mitglieder schwer verlegt. Sie haben ihrer Entrüstung in Worten Ausdruck gegeben, die zwar der Kenner der Verhältnisse nicht sehr tragisch nimmt, weil er weiß, daß es gar nicht so schlimm gemeint ist. Aber nach außen waren manche Neuerungen in der Diskussion geeignet, den Anschein zu erwecken, als bestände ein tiefer Krieg zwischen der Verbandsleitung und den Mitgliedern. Mit Wollust haben sich die Organe des Reichsverbandes auf manche Stellen in den verschiedenen Einsendungen gestützt, um aus ihnen darzutun, wie groß die Missstimmung der Mitglieder gegen den Vorstand ist. Die Erwähnung jener Kreise, daß es auf dem Verbandstag zu einem Misstrauensexperiment der Mitglieder gegen den Verbandsvorstand kommen wird, wird nicht in Erfüllung gehen, wie ja auch die in der Diskussion gefallenen harten Worte nicht auf die Goldwage gelegt werden dürfen. Vielleicht hat aber die ungewollte Wirkung, welche jene Worte auf die Freunde der Arbeiterschaft ausüben, die Folge, daß die in Betracht kommenden Kollegen in künftigen Fällen ihre Neuerungen vorsichtiger abwägen.

Unsere Stellung zu den Staffelbeiträgen brauchen wir heute nicht noch einmal zu präzisieren, aber wir wollen nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß eine Verminderung der Verbandsbeiträge für einen großen Teil der Kollegen, die doch das Motiv für die meisten der die Beitragsfrage betreffenden Anträge ist, sich mit einer Erhöhung der Unterstützungsstärke, die von verschiedenen Seiten verlangt wird, nur schwer vereinbaren läßt. Unsere letzte Jahresabrechnung hat jedem, der sie zu lesen versteht, gezeigt, daß eine Erhöhung des Beitrages unabwendlich ist, wenn wir in Bezug auf die Führung unserer Lohnbewegungen

leistungsfähig bleiben wollen. Würde die Mehreinnahme an Beiträgen dazu verwendet, die Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung in erheblichem Maße auszubauen, dann wäre damit der Zweck der Beitragserhöhung verfehlt. Der Verbandsvorstand hat eine beschiedene Erhöhung der Säke für die Streitunterstützung in Vorschlag gebracht, die immerhin einen Teil der Mehreinnahme aus der Beitragserhöhung in Anspruch nimmt. Ob es daneben noch möglich sein wird, die Dauer der Bezugszeit für die Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung zu verlängern, muss ernstlich bezweifelt werden. Von einer Herabsetzung der Kasse rung ist und von einer Erhöhung der Nutzungszeit für die Säke kann aber jedenfalls keine Rede sein. Das gleiche gilt auch für die Meiseunterstützung, doch dürfte gegen den Braunschweiger Antrag, der die Auszahlung der Meiseunterstützung für Sonn- und Festtage schon am Vorlage gestalten will, ernsthafte Bedenken laufen erhoben werden.

Einige Anträge verlangen wieder für ältere Mitglieder die Befreiung vom Beitrag oder dessen Herabsetzung unter Wahrung der vollen Rechte. Derartige Anträge sind auch zu früheren Verbandstagen wiederholt gestellt worden, wo sie abgelehnt wurden, falls sie überhaupt die nötige Unterstützung fanden, um zur Diskussion gestellt zu werden. Diesen Anträgen möchten wir auch diesmal kein besseres Prognostikon stellen. Keine Aussicht auf Annahme hat auch der diesmal von Wilddruff gestellte Antrag, die Abschaffung der Akkordarbeit mit als Zweck des Verbandes zu bezeichnen. Wenn auch der Verband bestrebt ist, den Holzarbeitern einen angemessenen Lohn zu verschaffen, so ist damit nicht gesagt, daß er grundsätzlich die Akkordarbeit bekämpfen müßt. Es gibt wohl einzelne Arbeitsverrichtungen, wie die Tätigkeit an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen, wo das Arbeiten im Akkord im Interesse der Unfallverhütung auf das entschieden bekämpft werden müßt. Dagegen ist es in sehr vielen Fällen für die Arbeiter weit zweckmäßiger, gute Akkordtarife durchzuführen, als die Akkordarbeit zu bekämpfen. Jedenfalls gehören derartige Punkte, die nur das Interesse eines Teiles der Berufsgenossen berühren, nicht in die Prinzipienerklärung des Verbandes.

Beachtenswert ist der von Gechingen und Kirchheim u. L. gestellte Antrag, den Anteil der Lokalkassen auf 10 Proz. der Beiträge herabzusetzen. Wir haben erst kürzlich darauf hingewiesen, daß die Lokalkassenbestände in rapider Weise anwachsen. Daraus geht hervor, daß die Lokalkassen ihren Pflichten auch dann noch nachkommen können, wenn ihnen ein geringerer Beitrag zufüllt als die 10 Pf. pro Beitrag, die sie bisher erhalten. Da wir in der gegenwärtigen Zeit alle Ursache haben, die Verbandskasse nach Möglichkeit zu stärken, sollte auch dieser Weg nicht außer acht gelassen werden.

Die Zahlstelle Berlin hat ihren vom vorigen Verbandsstag abgelehnten Antrag auf Schaffung eines erweiterten Vorstandes mit einer kleinen Änderung wieder eingereicht. Dazu ist zu sagen, daß die geforderte Einrichtung im wesentlichen besteht. Mit dem Unterschiede allerdings, daß die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz nicht endgültig sind, sondern der Sanction durch den Verbandsvorstand bedürfen, der dadurch die Verantwortung für sie übernimmt. Dass es eine zwingende Notwendigkeit wäre, diese Verantwortung von einer höheren Körperschaft tragen zu lassen, kann man gerade nicht behaupten. Man kann im Gegenteil zu der Meinung kommen, daß es dem Verbandsinteresse in höherem Maße entspricht, wenn sich der Verbandsvorstand einer höheren Bewegungsfreiheit erfreut und berechtigt ist, gegebenenfalls aus eigener Weisheit vollkommenheit Beschlüsse zu fassen. In der Praxis wird

er ohnehin auf den Rat der Gauvorsteher, den er seither schon in allen wichtigen Fällen eingeholt hat, nicht verzichten.

Die Anträge, die Zahl der Delegierten zum Verbandsstag zu beschränken durch die Erhöhung der Zahl der Mitglieder, die einen Delegierten zu wählen haben, sind vom vorigen Verbandsstag abgelehnt worden mit Rücksicht auf die kleineren Zahlstellen. Diese Rücksichtnahme wird aber nicht so weit gehen können, wie es der Antrag aus Verdingen wünscht, der den kleinen Zahlstellen das Recht einräumen will, schon auf 500 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Da in der Mitgliederzahl seit dem vorigen Verbandsstag keine wesentliche Änderung eingetreten ist, wird man es wohl bei dem seitherigen Zustand belassen.

Von mehreren Zahlstellen wird die Einschränkung der Ziffernabrechnung gewünscht, die Zahlstelle Brandenburg will diese sogar für alle Zahlstellen befestigen. Das ist ein Gebiet, auf welchem größere Konzessionen nicht wohl gemacht werden können. Der Nachweis der von jedem einzelnen Mitglied im Laufe des Quartals gezahlten Beiträge ist ein so wichtiges Mittel der Kontrolle, daß darauf nicht verzichtet werden kann.

Die auf die Gehälter der Angestellten bezüglichen Anträge der Zahlstellen Halle und Braunschweig verraten eine so engherzige Auffassung, wie man sie von Gewerkschaftsmitgliedern eigentlich nicht hätte erwarten sollen. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es doch, ihren Angehörigen die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Wir haben schon häufig in Verträgen eine Mindestgrenze für den Lohn vertraglich festgelegt, eine Höchstgrenze festzusehen, liegt ganz außerhalb des Rahmens der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Und nun kommen Gewerkschaftsmitglieder und verlangen das, was sie für sich selbst mit Entrückung zurückweisen würden und müssten, die Festsetzung eines Höchstlohnes, für ihre eigenen Angestellten! Bei unsern Gegnern ist der Hinweis auf die Arbeitergroschen, mit welchen sich angeblich die Agitatoren mästeln, schon ein wenig in Werrf gekommen, um so mehr sollten wir uns hüten, diese Gefühle des Neides und der Missgunst gegenüber den eigenen Angestellten der Organisation bei den Mitgliedern wachzurufen. Wir wollen die Höhe der Gehälter hier ganz außer Betracht lassen und geben auch zu, daß Gründe vorhanden sein können, welche die Ablehnung einer Forderung auf Gehaltserhöhung verständlich erscheinen lassen, aber Kautelen gegen jeden Versuch einer Gehaltserhöhung zu schaffen, wie es dem Sinne der Halleischen Anträge entspricht, sind einer gewerkschaftlichen Organisation ungünstig.

Zum Streikreglement liegt nur ein Antrag Mannheim vor, der die Verpflichtung der ledigen Mitglieder zur Abreise beim Streik befestigen will; etwas ähnliches verlangt auch der zum § 80 des Statuts gestellte Antrag des Gauages Magdeburg. Darauf wird jedoch der Verbandsstag nicht eingehen können. So unangenehm auch manchmal der Einzelne von einer solchen Verpflichtung betroffen wird, so ist sie doch nötig, um den Erfolg des Kampfes nicht zu beeinträchtigen. Ueberdies werden ja auch in der Praxis, wo das Bedürfnis hierfür vorliegt, Ausnahmen gemacht, und damit Härten vermieden. Wichtiger sind die Anträge des Verbandsvorstandes zu dieser Materie. Die Vorschrift, daß zur Beschlussfassung über die Arbeitseinstellung und die Fortführung eines Streits Dreiviertelmehrheit der beteiligten Mitglieder erforderlich ist, will eigentlich nur einen tatsächlich vorhandenen Zustand statutarisch festlegen; und das gleiche gilt für die Unterstützung an die Familien der infolge eines Streits abgesetzten Mitglieder. Bei der Gemeinschaften unter-

stützung soll nach dem Antrage des Vorstandes künftig unterschieden werden zwischen den wirklich Gewährteuten, die auch ohne Erfüllung einer Wartezeit nach den für die Streitunterstützung vorgesehenen Säken unterstützt werden, und solchen Mitgliedern, die infolge ihres Eintretens für die Erhaltung der vom Verband anerkannten Arbeitsbedingungen arbeitslos werden. Letztere sollen wie Streitende behandelt werden, also eine Unterstützung nur nach einer mindestens zwölfjährigen Mitgliedschaftsdauer erhalten. Die Stützung der Säke für Streit- und Gewährteuteunterstützung nach der Dauer der Mitgliedschaft entspricht den bei den übrigen Unterstützungsbeziehungen maßgebenden Grundsätzen und dürfte wohl allgemeine Zustimmung finden.

Eine Neuerung enthält der Antrag des Verbandsvorstandes zu § 89 des Statuts, der die Möglichkeit schaffen will, im Bedarfsfalle auch ohne umständlichen Wahlapparat die schnelle Einberufung eines außerordentlichen Verbandsstages zu ermöglichen. Dass eine solche Notwendigkeit eintreten kann, zeigen die Erfahrungen, welche die Organisationen der Bauarbeiter in der letzten Zeit gemacht haben. — Das sind nur einige wenige Anträge, die wir aus der Fülle der vorliegenden herausgegriffen haben; der Verbandsstag wird sie alle prüfen und denen, die geeignet sind, unsere Organisation zu fördern, auch die gebührende Beachtung schenken.

## Die Holzindustrie in München und die Organisation ihrer Arbeiter.

R. Die Stadt, die unseren diesjährigen Verbandsstag beherbergt, erfreut sich eines guten Rufes als Kunststadt. Mit Recht, denn Kunst und Kunstmuseum haben in München eine wohlgepflegte Stätte gefunden und drücken der Stadt ihren Stempel auf. München ist weder Handelsemporstadt noch Industriestadt, dagegen fehlen ihr zunächst alle Voraussetzungen, insbesondere billige Stahlen und Wasserstrafen, die billigeren Handelsverkehr ermöglichen. Die oberbayerische Großstädte ist nicht geeignet, die bessere Kohle aus Böhmen oder dem Ruhrgebiet zu erzielen, dazu kommt erstens auch in zu geringen Mengen vor.

Der Bezug der Städte von so weiter Entfernung verfeuert die Produktionskosten erheblich und erschwert die Konkurrenz, zumal das Absatzgebiet für industrielle Erzeugnisse wiederum das nördliche Deutschland bildet müßte. Als südlich gelegene Großstadt, etwa 90 Kilometer gegen Osten und Süden von der Landesgrenze entfernt, stehen dem Absatz nach dem nahen Ausland die erschwerenden Zollschranken hindernd im Wege. Die gewaltigen Projekte der Ausnützung der Wasserkräfte der Gebirgsflüsse und Seen mögen wohl in ferne Zukunft eine Wenderolle herbeiführen. Die rationelle Ausnutzung der Wasserkräfte der Isar war früher unmöglich. Die Unbeständigkeit dieses unbändigen Gebirgsflusses erschwert heute noch die volle Ausnützung desselben für elektrische Kraft. Eine verkehrsbauliche Anlage der Stadt, welche die Industrieviertel weit ab von der Wasserkraft der Isar verlegt, bringt dazu das ihrige bei. Dazu kommt ferner, daß das Hinterland der Stadt, der ganze Süden Oberbayerns an dem riesigen Aufschwung der Industrie seit den 70er Jahren, wie wir ihn im Rheinland, in Sachsen, ja sogar in Nordböhmen gesehen, gar keinen oder nur geringen Anteil genommen hat. Außer dem Braugewerbe, Lokomotivbau und dem graphischen Gewerbe kann von einer Großindustrie hier nicht gesprochen werden. Eine gute Pflegestätte fand jedoch seit jeher in München die Kunst.

Mit der Entwicklung des Fremdenverkehrs, der hauptsächlich durch das nahe Gebirge, sich im letzten Vierteljahrhundert zu ungeahnter Ausdehnung entwickelt, ist München zu einem internationalen Fremdenverkehrsort geworden. Damit ist aber gleichzeitig der Boden geschaffen worden zur Begründung des Weltkurses seiner Kunsterzeugung.

Murillo und dem Tintoretto, den man den Augsburger genommen, angeblich, damit diese jetzt herüberfahren und ihn besiehen, was vorher nicht der Fall gewesen ist. Von den Dutzend Museen kennt der geborene Münchener ganz besonders das Nationalmuseum auch von innen, zumal er ja als Schüler der sechsten und siebenten Volksschulklasse vom Lehrer hineingeführt wurde, und noch heute erinnert er sich der „leichten Klüft“ der Staubbretter. Da wir zivilisierter geworden, brauchen die heutigen Staubbretter solches nicht mehr. Der goldene Boden des Handwerks aus alter Zeit tritt uns in den Kunstkäfigen und mächtigen Pumpen vor Augen. Ein Vergleich dieser Trinkgefässe mit den heutigen kleinen Maschküpfen ist wohl geeignet, wohmütige Stimmung auszulösen über den Verfall des Handwerks.

Doch zu all den Schönheiten aus alter Zeit gesellt sich heiter der herbe Schmerz und bittere Grimm der Bierverfeuerung. Seit dem Ende der Ausgieitung des hl. Geistes wird in München das Bier nun mehr der Liter um 28 und 30 Pf. von den Brauern ausgegossen und dabei noch mit vermindertem Gelst. Der Tränen muß ich weinen, wenn ich daran denke, daß ich als kleiner Knirps meinem Vater die Maß noch um 4 Kreuzer = 12 Pf. holen konnte. Mit Stolz kaufte ich seinen Erzählungen von dem Heldentum unserer Großväter von der 48er Bierrevolution gegen die damals beabsichtigte Bierpreiserhöhung: „All's hant ihia zamm geschlag'n, dem Pschorrbräu hant d' Möbel zum Fenster naus, o'schnissen, Bett'n auf'schütt'n, und d' Federn zum Fenster nausbeutelt; und s' Militär hot zuschaut und g'lacht.“ — Und jetzt? Sogar der Kommt hat seinen windigen Schwanz eingezogen, anstatt mit seinem Gas und etwas Blausäure die Bierverfeuerung zu vertilgen. Ich habe es meinen 4 Buben gesagt, ich, einer Vater, bin unschuldig daran, meine Seele ist nicht besiegelt von einem schwarzen Grimzettel, und am hl. Wintertag 1910 haben sie den feierlichen Schwur getan, Schwarz zu meiden; dann ist es hoffentlich die lebte Bierverfeuerung.

Nun wissen es auch die Delegierten, jetzt darf nur mehr „getrunken“ werden und nicht mehr „g'susso“. Michel euch danach, damit es von euch nicht auch heißen wird, wie

## München.

### Ein Führer durch das neue Capua.

Da München in der Weltgeschichte bereits auf einen Zeitraum von 750 Jahren zurückblicken kann und während dieser langen Zeit noch kein Verbandsstag des Holzarbeiterverbandes in seinen Mauern getagt hat, die gewählten Delegierten daher als solche seit den letzten 750 Jahren zum erstenmal nach hier kommen, erscheint es angezeigt, sie mit den herbottagendsten, den Ruhm der Stadt begründenden Sehenswürdigkeiten etwas vertraut zu machen, auch Wesen und Art der Einwohner zu erläutern. Das München Residenzstadt und der Sitz eines Erzbischofes ist, weiß ja ohnedies ein jeder, der einen Bierer in der Volksküche erhalten; ziemlich bekannt ist auch, daß diese Stadt einen Gauvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes in ihren Mauern beherbergt. München liegt an der grünen Isar, deren Wasser aber meistens dreideutig gelb ist, daher auch der Name „Isar-Alten“.

Politisch ist München stark rot, doch geht diese Farbe zurzeit noch im Hause der Gesetzmacher in der Pranerstraße im „Schwarzen ultramontanen Meere“ unter.

Der Ruf der Stadt ist begründet als Kunstadt, da es in ihr viele Kunstmaler der verschiedensten Schulen gibt, Impressionisten, Sezessionisten und noch viele andere, nicht zu verwischen mit den vielen „Revisionisten“. Die Maler malen zwar hier, verkaufen aber die Bilder in Berlin oder lassen sie von den Engländern und Amerikanern verschleppen. Der Münchener selbst kostet sich die Kunst nicht, selbt dann nicht, wenn er dem reich gewordenen Reicher- oder fünfstödigen Hausagravierstande angehört.

Doch alle Schönheiten und aller historische Ruhm der Stadt wird übertrahlt durch seine weltberühmte Industrie der „Bierseide“. Die Bewölkerung unseres ganzen Platzes, am Kochpol wie in Afrika, der Chinesen wie auch der Berliner, der die Friedrichstraße entlang wandelt, schnalzt mit der Zunge in seligem Bonnegefühl, sobald er zum Münchener Bier hört. Deshalb wurden auch seinerzeit längs des Hauptbahnhofes einige Großbrauereien gebaut, und die Inhaber Hafer, Augustiner und Pschorr-

bräu entlang den Gleisen verhindern eine etwaige Verwechslung der Station und ein Weiterfahren nach Pasing oder Lochham. Sobald beim Einfahren des Auges die Reisenden diese Namen lesen, ringt sich unwillkürlich der Ausruf „München“ von alten Lippen; daher konnte sich der Verkehrsminister das Geld für das Anschreiben des Namens der Station am Bahnhof bis heute sparen.

Damit ist nun gleichzeitig die richtige Stimmung ausgelöst, und als logische Folge fragt der ankommende Fremde mit mathematischer Sicherheit den nächsten Taxifahrer nach dem direkten Weg zum königlich bayerischen Hofbräuhaus, der Inkarnation alles Glückes für den Fremden, die meisten Einheimischen. Was den alten Altenen ihre Akropolis, dem Römer der Paläste, dem Pariser der Louvre, dem Wiener sein Wurstlprater und dem Berliner die Siegesallee, das ist dem Münchener das Hofbräuhaus. Hier lebt er in seligen Träumen; hier sucht der stille Poet Auter für seinen hungrigen Pegasus, hier wird hohe Politik gemacht, aber auch manch finsterer Pläneplan ausgeheckt,namenlich zur Zeit der Bierpreiserhöhung; es trinkt sich ja so schön, wenn man dabei über den hohen Bierpreis schimpft. In dämmeriger Ecke wird leise läppend ausgemacht, ob der Tribun der Holzardeller in der nächsten Versammlung vom Volke mit Befall oder mit geheimnisvollem Gewittergruß begrüßt werden soll.

Es gibt kein behaglicheres Gefühl für den echten Hofbräuhausler, als wenn er nachts um die Geisterstunde auf die Straße tritt, beladen mit der richtigen Bettenschwere, mit beiden Händen über seine fügefrunde Weste fährt und in sinalzenden Gurgelstönen seufzt: „Heut wat's aba wieder grüabi.“ Daum zieht er seines Weges, das schöne Lied summend: „So lang da alte Peter, da Petersturm no steht“.

Das Hofbräuhaus ist auch der Ort, wo der Münchener sich vom Fremden die Sehenswürdigkeiten seiner Vaterstadt ersäubern läßt, von denen er zwar schon viel gehört, aber noch wenig gesehen hat. Vom Rathaus mit dem Glodenstück, das aber nicht stimmt, wie so manches ja auch sonst nicht stimmt, was vom Rathaus ausgeht. Von den Pinakotheken mit den Bildern von Dürer, Rubens,

## Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Unrat geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Abstimmung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeiten nach Anger (alle Pfeiffer), Altenstein i. Ospr. (Hoffmann), Brandstädter, Czestka, Hermanowitski, Murach i. Ostr., Ansel Vorlum, Brandenburg a. d. H. (Maschig), Bredenbeck, Bremerwörde, Carlshafen, Cottbus (Schlag, Mittag), Grossen a. d. Elster, Dippoldiswalde (Leberall), Dresden (Eschebach), Eutin, Friedenau bei Berlin (Herzog), Friedland in Mecklenburg (Glasen), Nord i. Westerwald, Meissen, Mellenbach i. Th. (Wittewilda (Annungsmeister), Mölln i. L. (Böck, Dünkel, Nedöhl, Preuß), Norden i. Ostfriesland, Blaue i. Vogtl. Schiebelbein, Schneidemühl (Kub), Sorau (J. Möbius, Wangeschäft), Speyer, Tegevernsee i. Oberböhmer, Tübingen i. Schwarzwald (Uhrgäusche), Hermann u. Sohn), Uetersen, Wittenberg, Gablonz, Weichenberg und Warnsdorf in Böhmen, Horgen-Glarus in der Schweiz. Modelltischlern nach Frankfurt a. M. (Magos Union). Parlettlegern nach Bielefeld a. M. (Gall), Dortmund, Düsseldorf, Nördn. Korbmachern nach Köhlschenbroda, Montreux in der Schweiz. Drehschläfern nach Angermünde (Pfeiffer), Frankfurt a. O. (Vohr u. Co.), Mühlheim a. Main und Schwabach im bei Mainz (Velluloidfabrik Müller u. Schneider), Schönlanke. Kärlermachern nach Büttelich (Mohrdorf u. Co.). Stellmachern u. Wagenbauern nach Bremen, Delmenhorst, Heilbronn a. M. (Draht), Würstenmachern nach Schönlante. Würstenmachern nach Augsburg.

nisse und gleichzeitig die Grundlage für das Aufblühen der Holzindustrie, vor allem des Schreinergewerbes, das lange Zeit schwer banieder gelegen.

Au dem großartigen Aufschwung des Handwerks im 15. und 16. Jahrhundert nahm auch das Münchener Schreinergewerbe Anteil, wenn auch nicht in dem Maße wie Nürnberg und Augsburg. Was die damalige Kunstmöglichkeit geschaffen, das ist heute noch vorbildlich in den prächtigen Werken der Gotik und Renaissance. Die Altäre, Chorgestühle und Schränke der Kirchen, die Schreine die ehemals Patrizierwohnungen sterten, legen Zeugnis ab von dem hohen Stand des damaligen Schreinergewerbes. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts begann der Verfall. Die Hörschläfen, tonangabe in Kunst und Geschmack, legten den Grund zu jener raffinirten Ebenisterei, die in Paris damals unbestritten den ersten Rang einnahm. Man bezog diese Arbeiten vom Ausland. Der Niedergang des Schreinergewerbes in München dauerte bis aufgangs der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Zu dem allgemeinen Aufschwung, den die Massenproduktion genommen, wurde München von Stuttgart und Mainz und nicht zuletzt von Berlin überflügelt, und zwar in einer so bedeutenden Weise, dass dies in absehbarer Zeit nicht mehr eingeholt werden kann. Das Schreinergewerbe hatte seinen Tiefstand erreicht; erst die reichen Aufträge König Ludwigs II. zu seinen künstlerischen Schlösserbauten gaben mächtigeren Impuls zu künstlerischer Entwicklung und materiellem Gediehen.

Es wurde gut verdient und manches Geschäft legte damals den Grund zu seiner heutigen Größe und seinem Ansehen. Eine grundlegende Umwandlung begann aber

bei den alten Münchnern der Dichter gesungen: "Schimpfen hört man sie sehr, gesessen wirde aber noch viel mehr."

Der Münchener ist bei normalen Zeiten überhaupt der Urhü der Gemüthsart, freundlich gegen jedermann. Tritt er aus Versehen einer Dame auf ihr graziöses Küsschen, dann sagt er gleich entschuldigend: "Gopplal! Dös waren wohl ihne Ihre Ha'n."

Zum Unterschied vom Norddeutschen redet er nicht viel, daher auch sein Haß gegen alles, was von "dö Preisen" kommt, weil die am allem schuld sind, den schlechten Seiten, teuren Lebensmitteln, dem Paradesatz, neuen Steuern und der Importierung der "Sozi". Wertigstens sage es das beherrische Zentrum; dann muss es auch wahr sein!! —

Die Sprache hier ist deutsch, sie wird aber noch in der altgermanischen, bajuwarischen, urwüchsigen Art gesprochen. Der Norddeutsche versteht sie daher meistens nicht, umgekehrt ist das gleiche der Fall. Diese Münchner Sprache hat aber den Vortzug, dass sie leicht und sofort erlernbar ist, darum möchten wir es nicht unterlassen, den Delegierten auch hierüber ein paar Anmerkungen mit auf den Weg zu geben. Anstatt Eier spricht "Dac", anstatt Meister sage "Woaster", und anstatt Füße spricht "Ha'gn", und deine Hände sind "Braken", und zum Knaben sage "Wua", und was der Berliner als Quatsch bezeichnet, das bedeutet beim Münchener an "Schmarren". Und wenn sich die Delegierten bemühen, nachstehenden Satz richtig und geläufig auszusprechen: "Auf da Mentschwoag gibts an guat n Voabtag", dann könnten sie sich sogar jeder Hellnerin gegenüber als echte Münchner ausgeben und sie werden sich im Trubel der Großstadt überall zurecht finden. Wer dann noch übrige Zeit und Kleingeld hat, hat nicht weit zu einem Ausflug in die bayerischen Alpen und Bergseen, ansonsten kann er etliche Gipfel auch von München aus sich besuchen. Doch darüber wollen wir nicht weiter reden, zu mal ja die meisten Delegierten vom hohen Norden kommen und dort bekanntlich die Berge immer höher und diese Leute schon von Geburt ans gefüllte Bergkratzer sind, und darum ein herzliches Servus allen Spezeln vom

alten grandigen Capus.

erst Ende der 80er Jahre, als die strebungen der Verbindung der Kunst mit dem Handwerk durch die Errichtung der Werkstätten für Kunst im Handwerk vertrieben wurden, als hervorragende Künstler der Innenausbau den Erzeugnissen der Möbelindustrie ihren Stempel aufdrückten. Das war das Signal für zahlreiche Firmen, diesen Bestrebungen zeitig Rechnung zu tragen, und es kann gesagt werden, nicht zu ihrem Nachteil. Die Ausstellung 1908 hat gezeigt, dass München nicht nur nachkommen, sondern früher führende Städte bereits überholt hat. Die mit einem Aufwand von weit über 10 Millionen auf der Theresienhöhe von der Gemeinde erbauten Ausstellungsgebäude ermöglichen die Ablösung ständiger größerer Ausstellungen und dürften diese in Zukunft neben der Förderung des Fremdenverkehrs, ganz besonders zur Erweiterung des Kunstgewerbes, wesentlich mit beitragen. Die Münchener Möbelindustrie kann sich aus den eingangs angeführten Gründen nicht auf billige Massenproduktion, nach dem Grundsatz: billig und schlecht, aufbauen, sondern die solide, mit ausserlesenen künstlerischen Weisheit gepaarte Arbeit wird dem Gewerbe die weitere Entwicklung sichern.

Im nachstehenden einige Risskarten aus den Berufs- und Gewerbezählungen, nach den vom städtischen statistischen Amt München erfolgten Veröffentlichungen, aus welchen wir die für unseren Verband in Betracht kommenden Berufe und Arbeiter ausgezogen haben. Es wurden gezählt im Jahre

1873	496	Betriebe und 1088 Gehilfen
1882	898	" 1884
1893	889	" 2721 "
1902	879	" 2529 "
1907	878	" 2080 "

Unter den im Jahre 1907 gezählten Schreinereien befinden sich 293 Alleinbetriebe, die keinen Gehilfen beschäftigen. Es ist also in München im Schreinergewerbe noch der Kleinbetrieb vorherrschend. Auf den einzelnen Betrieben treffen im Durchschnitt in den Jahren 1873 8,7 Gehilfen, 1882 3 Gehilfen, 1902 8,7 und im Jahre 1907 dagegen 6 Gehilfen. Demgegenüber treffen z. B. in Stuttgart bereits im Jahre 1882 auf den Betrieb im Durchschnitt 9,1 Gehilfen. Schreinereien mit 51—200 Gehilfen sind 10 vorhanden mit zusammen 721 Gehilfen, dies sind die eigentlichen Großbetriebe.

Von einschneidender Bedeutung ist die eminente Sicherung, welche die technischen Hilfsmittel erfahren haben. Während 1880 nur 378 Hilfsmaschinen mit 888 zum Einsatz verwendeten Pferdekraften festgestellt wurden, stieg deren Zahl im Jahre 1890 bereits in 123 Betrieben, einschließlich der Sägewerke, auf 900 Maschinen mit 2260 P. S., davon Dampf, Gas und dergleichen Kräfte 1682 P. S., Wasserkraft 248 P. S., Elektrische Antriebskraft 330 P. S. Im Jahre 1907 dagegen gab es bereits 233 Betriebe mit 1407 der verschiedensten Hilfsmaschinen und rund 8000 P. S. Antriebskräfte, Dampf, Gas usw. 1712 P. S., Wasserkraft 325 P. S. und elektrische Kraft 963 P. S. Sprunghaft steigt die Verwendung elektrischer Kraft infolge des Ausbaues der Elektrizitätswerke der Stadtgemeinde im Stadtgebiet und in Moosburg. Die Gesamtzahl der beschäftigten Gehilfen, soweit deren Beurteilung ausständig sind, beträgt 5480, darunter 441 Arbeitnehmerinnen; die Gesamtzahl der Betriebe 1703, darunter 700 Alleinbetriebe. Außer der Bau- und Möbelschreinerei hat lediglich die Würstenindustrie mit 800 Arbeitern, darunter 326 Arbeitnehmerinnen, erhöhte Bedeutung für den Export.

Infolge des Vorherrschafts der Kleinbetriebe entwickelte sich der Organisationsgedanke bei den Münchener Holzarbeitern nur langsam! Verfolgungen durch die Polizei taten das ihrige, und vor allem war es noch ein wenig zugänglicher Partikularismus, der den allgemeinen Solidaritätsgedanken sehr schwer aufkommen ließ, obwohl sich bereits seit Mitte der 80er Jahre aufsäuerungsfreudige Kollegen der Sache der Schreiner angenommen. Einige bemerkenswerte Daten geben wir aus den Erinnerungen wieder, die unser alter Kämpfer Nep. Göschl im Jahresbericht der Zahlstelle 1908 niedergelegt hat. Dort heißt es:

"Am Frühjahr 1870 war in vielen Werkstätten die Arbeitszeit eine 11stündige, Mittagspause gab es in diesen Werkstätten nicht, den Löffel weg und die Arbeit ging wieder los. Allerdings gab es auch eine Reihe von Werkstätten, wo von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr geschahnt wurde. In den Bauwerkstätten war die 11stündige Arbeitszeit vorherrschend. Es wurde in Wochen- und Taglohn gearbeitet, auch auf Halb- und Gangstund.

Im Wochenlohn mit Rost und Logis wurde bezahlt 1 bis 2 Gulden, der Taglohn schwankte von 42 Kreuzern bis 1 Gulden 80 Kreuzer. Im Alltag war das Lohnverhältnis sehr verschiedentlich und wechselnd, bald in jeder Werkstatt wurde für ein und dasselbe Stück Möbel, Tür oder Fensterstock, ein anderer Preis bezahlt. So z. B. für einen Schrankholz 8 Gulden, ein weicher Samtmod 2 Gulden 80 Kreuzer, für eine Kanistür 1 Gulden 80 Kreuzer, alles ohne Maschine. Der Maschinenbetrieb war damals in München unbedeutend. Weiter wurde bezahlt für eine Glas- oder Stahlstür 1 Gulden, für einen gewölkten Sarg 24 Kreuzer.

Die Zustände in unserem Schreinergewerbe waren ganz unerträglich geworden. Überall rumorte und gäte es. In der alten Schreinergärberge beim Kräpfenwirt (Färbergraben) wurde es jeden Samstag und Sonntag lebendiger. Man lauschte den Unterhaltungen, welche die alten Schreinergesellen mit den fröhlichen Ladegesellen, in bezug auf die Arbeitsverhältnisse, pflegten. Es bedurfte nur eines Anstoßes, um den Stein ins Rollen zu bringen und die Gründung einer Organisation zu veranlassen.

So standen die Dinge, als plötzlich der deutsch-französische Krieg ausbrach.

Der ohnehin starke Geschäftsgang kam ins Stocken. Lohnreduzierungen waren die Folgen. Selbst in Betrieben, wo sich die Gehilfen eine 11—12stündige Arbeitszeit erlangen hatten, wurde dieselbe wieder verlängert, die Arbeiter waren einfach machtlos.

Nach Beendigung des Massenmordes von 1870/1871 ging auch der Milliardensegen an München nicht spurlos vorüber. In Deutschland und auch in München entwickelte sich eine noch nie dagewesene Produktivität und überall war Arbeitermangel.

Diese Gelegenheit wurde benutzt, und 1871 der erste Fachverein der Tischler Münchens gegründet.

Als im Jahre 1872 die Schreinermeister Münchens die erste Schreiner-Gewerkschaft gründeten, haben dieselben auf einen Arbeitsnachweis mit selbsthersteller Verwaltung, kost Führer von Arbeitsbüchern eingeführt. Diese Neuinführungen gaben den Anlass zu dem Schreinerstreit im Sommer 1872.

Die Forderungen der Gehilfen waren die Abschaffung der Arbeitsbücher und des einseitigen Arbeitsnachweises, Einführung des 10stündigen Arbeitstages, 20 Gros. Lohn erhöhung, Beseitigung von Rost und Logis beim Meister.

Nach 8—14tägigem Streit wurden sämtliche Forderungen bewilligt. Streikunterstützung gab es pro Woche ½ Gulden; die Gehilfen streikten meistens auf ihre eigenen Kosten.

Ermächtigt sei, dass die Höhe Spielder eines Tages vor dem Streiklos vorgefahren kam und 600 Gulden für die Streikenden hinterließ.

Währte 800—400 Schreinergehilfen waren an der Lohnbewegung beteiligt.

Es kam nun eine Zeit, woselbst der Ausbau nach innen und außen gefördert werden sollte, und man beschloss deshalb, den Fachverein umzubilden und sich als "Mitgliedschaft der Gewerkschaft der Holzarbeiter", welche ihren Sitz in Hamburg hatte, anzugehören. Dennoch bereits am 12. September 1874 wurde die Mitgliedschaft als politisch erklärt und aufgelöst. 76 Mitglieder wurden wegen Übertretung des Vereinsgesetzes in Geldstrafen genommen.

Im Oktober 1874 wurde bereits wieder ein Lokalverein der Tischler Münchens gegründet. Die Königliche Polizeidirektion glaubte jedoch, diese neue Vereinigung sei eine Fortsetzung des am 12. September 1874 aufgelösten Vereins und beschloss am 11. Juni 1875 die Schließung desselben.

Auf Beschluss des Bezirksgerichts München links der Isar vom 27. Juni 1876 wurden 66 Mitglieder wegen B widerhandlung gegen das Vereinsgesetz angeklagt, wobei 84 Mann von 14 Tagen bis zu 4 Monaten verurteilt wurden. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit, dass der sehr rührige Kollege Joh. Poell, welcher ebenfalls 4 Monate abzuhängen hatte, bald darauf starb. Er hatte sich den Stein seiner Krankheit im Gefängnis geholt.

Im Jahre 1876 wurde die Lokalfrankenfasse der Schreiner Münchens gegründet, welche sich 1881 der Zentralfrankenfasse der Tischler usw. anschloss.

Bereits im Jahre 1877 wurde abermals ein Fachverein ins Leben gerufen, welcher aber 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel. Wem an Mitteln gehetzt wie ein Wild, aber ungebrochen an Tatkräft standen nun die Schreiner da und warteten auf der Dinge, welche noch kommen würden.

Es war im Sommer 1888, als Blaale und Flugblätter anzeigen, dass beim Freudenau befußt Gründung einer Berufsorganisation eine öffentliche Schreinerversammlung stattfinde. Diesig war dieselbe besucht, denn der Name des Einberufers (Sticht) und des Referenten (Dachsel) bürgten für den Ernst der Sache. Das Ergebnis war die Gründung des Fachvereins der Schreiner Münchens.

Dann hatte der junge Verein, unter der größten Aufmerksamkeit der Polizei, einigermaßen seine Mitglieder gesammelt, als aus Stuttgart die Nachricht kam, dass die dortigen Möbelschreiner, 1200 an der Zahl, ausgesperrt seien und ganze Waggons Streikbrecher aus Böhmen und Österreich über München dort eintreffen sollten. Unter den größten persönlichen Opfern konnten die biesigen Kollegen den Schlag dadurch abwenden, indem sämtliche Streikbrecher abgefangen und wieder zurückbefördert wurden. Bei einer monatlichen Beitragssleistung von 20 Pf. konnte der Verein nicht viel leisten, und deshalb musste jeder einzelne Opfer bringen.

Die Stuttgarter Aussperzung gab die Veranlassung, einen deutschen Tischlerkongress im Dezember 1888 nach Mainz einzuberufen, woselbst die Schreiner Münchens durch einen Delegierten (Dachsel) vertreten waren, welcher auch der im Oktober in Frankfurt vorangegangenen Konferenz angewohnt hatte. In Mainz wurde der Zentralverband der Vereine der Tischler und verwandter Berufe genossen gegründet.

Als 1884 der Lokalverein sich demselben angeschlossen hatte, wurde derselbe für politisch erklärt, und man musste, um die Schließung des Vereins zu vermeiden, wieder aus demselben austreten. Die im Jahre 1886 inszenierte Lohnbesteinstellung der Parlettlegere Münchens wurde vom Lokalverein der Schreiner tatsächlich unterstützt und mit teilweise Erfolg beendet.

Trotz der polizeilichen Beweismündung wurde der Verbandstag 1885 in Offenbach a. M. und 1886 in Gotha durch 2 Delegierte bestellt. Auf dem Verbandstag in Gotha wurde der Deutsche Tischlerverband aus der Taufe gehoben. 1886 wurde eine Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes errichtet, aber wiederum von der Behörde für politisch erklärt. 1887 wurde der Lokalverein der Schreiner Münchens auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst, alle vorhandenen Vermittler (36 M.), Utensilien usw. wurden beschlagnahmt. Einige Tage vor der polizeilichen Auflösung, von welcher eine Anzahl Mitglieder Wind bekommen hatten, wurde eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen und auf Grund statutarischer Bestimmungen das Vorvermögen des Vereins (600 Pf.) dem Sanitätsverband für Münchens Schenkungswerte überwiesen. Trotz fleißiger Haussuchungen hatte die Polizei, zum größten Leidwesen ihres Polizei-Commissars Gehret Michel, das Nachsehen.

1888 wurde wieder ein Fachverein ins Leben gerufen, auch wurde behördlicherseits gestattet, dass ein Vertrauensmann (Schmid) aufgestellt werden durfte, welcher für Mitglieder des Deutschen Tischlerverbandes Beiträge entgegennahm. Auch der 1888 stattgefundenen Tischlerkongress war von Seiten der Münchener Schreiner durch den Kollegen Göschl beschädigt.

1889 war in Nils Koloseum eine große Tischlerversammlung, in welcher der aus Hamburg ausgewiesene Kollege Göschl referierte. Diese Versammlung bildete augleich die Einleitung zur Lohnbewegung 1890, bei der eine 10prozentige Lohn erhöhung neben einer Anzahl weiterer Verbesserungen erzielt wurde.

Trotz dieser erfolgreichen Lohnbewegung und trotzdem das Sozialistengesetz gesunken, ging es lange Zeit nicht recht

vorwärts. Die nachher eingeschneide wirtschaftliche Krise trug das ihrige dazu bei und die erreichte Mitgliederzahl von 1200 sank allmählich zu einem kleinen Häuflein herab, und mit 302 Mitgliedern begann der 1893 gegründete Deutsche Holzarbeiterverband seine Tätigkeit. Unter vielen Mühen brachte man es 1898 auf 700 Mitglieder. Eine gründliche Wendung brachte erst die Schreinerausperrung im Jahre 1898; die Mitgliederzahl stieg auf 2228, um 1899 mit 2180 den Höchststand zu erreichen. 1901 war diese Zahl wieder auf 2150 zurückgegangen, um nun allmählich von Jahr zu Jahr zu steigen, bis zum höchsten Mitgliederstand, den wir im letzten Jahr mit 2489 darunter 342 weibliche Mitglieder, verzeichnen konnten. Die Hauptkasseneinnahmen bilanzierten im Jahre 1898 mit 4416 M., die der Volkskasse mit 3976 M., im Jahre 1900 dagegen mit 88.828 M. in der Hauptkasse und 170.812 M. in der Volkskasse.

Von größeren Streits der Neuzeit seien genannt der Streit der Bürstenmacher 1896 mit 9 Wochen Dauer, die Schreinerausperrung im Jahre 1898, wobei die 55½ stündige Arbeitszeit und 10 Pf. Lohn erhöhung pro Tag erreicht wurde. Der Parkettlegerstreit erfolgte im selben Jahre. Im Jahre 1900 traten die Schreiner erneut zur Erkämpfung des Neunstundentages auf den Plan. Die Arbeitgeber lehnten jedes Entgegenkommen ab, und endete der Streit nach 18wochiger Dauer resultlos. Erst das Jahr 1906 brachte einen gehörigen Nutzen vorwärts, es wurde die 55½ stündige Arbeitszeit neben Lohn erhöhungen und der Sicherung des Taglohnes bei Alsfeld sowie Mindestlöhne erreungen.

Meintervalle hatte sich in München der Tarifgedanke auch in der Holzindustrie durchgesetzt, heute sind für rund 99 Proz. der gesamten Holzarbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich festgelegt. Lediglich für eine Anzahl Modellschreiner bestehen noch keine Tarifverträge. Ein kurzes Resümee zeigt uns den Wert der Organisation speziell für München. Während bis zum Jahre 1898 die Arbeitszeit durchweg 80 Stunden die Woche betrug, ist heute kein Beruf in der Holzindustrie mehr mit dieser Arbeitszeit vorhanden. Seit 1906 haben die Schreiner, Parkettleger, Orgelbauer und Drechsler die 55½ stündige Arbeitszeit innerhalb der gegenwärtigen Tarifperiode ist die wöchentliche Arbeitszeit festgesetzt für Schreiner, Maschinisten, Kabinettfabriken, Parkettleger und Drechsler auf 52 Stunden; Waggonfabrik auf 52½ Stunden, Vergolder, Leisten- und Faloutsfabriken, Automobil- und Wagenfabrik, Orgelbauanstalten und Wagner 53 Stunden, Bürstenmacher und Modellschreiner 54 Stunden, Bürstenfabriken 55 Stunden, Bürstmacher 56 Stunden und Sägewerke 57½ Stunden. Die Mindestlöhne bewegen sich von 52 bis 61 Pf. die Stunde bei den verschiedenen Berufen. Entsprechend diesen Fortschritten stieg auch der Durchschnittsverdienst, so unter anderem bei den Schreinern von 35 Pf. im Jahre 1897 auf 45 Pf. 1905 und 61 Pf. im Jahre 1910. Dies die wichtigsten Daten aus der Geschichte der Münchener Zahlstelle, die deutlich zeigen, daß es vorwärts gegangen ist, seitdem das Organisationsverhältnis ein zufriedenstellendes geworden war. Den Kollegen muß das ein Ansporn sein, nicht zu ruhen und rasten, sondern unenthaltsam vorwärts zu streben.

In den letzten Jahren blieb auch München nicht von der Lebensmittelsteuerung verschont. Ganz besonders furchtbar drückt die steile Preiserhöhung infolge Wohnungsmangels. Wenn erst das Volk den Wert einer klassenbewußten politischen Vertretung allerorts erkannt haben wird, wird uns auch der volle Erfolg unserer Gewerkschaftsarbeit in den Schoß fallen. Zwei Drittel des Weges vom Gehn zum Achtstundentag hat die Mehrzahl der Münchener Holzarbeiter bereits zurückgelegt; schwere Mühen und Kämpfe mußten vorausgehen, um dies zu erreichen. Das letzte Drittel wird nicht minder schwere Kämpfe erfordern. Der Geist der Scharfmacher des Jahres 1900 ist wieder erstanden, das zeigt uns die führende Rolle der Münchener Scharfmacher beim Kampf im Baugewerbe.

Doch der Gedanke der Solidarität ist schon zu tief in die Herzen der Kollegen gedrungen, als daß er von den Scharfmachern von Hohen und den Nörglern von drüben nur ernstlich erschüttert werden. Wo der eiserne Wille die Gesamtheit befiehlt, treten alle Kleinlichen Tagesbeschwerden und Kleinlichkeiten in den Hintergrund und frischer Mut und Kraft schlägt neue Wurzeln.

Im Kränze der zahlreichen Zahlstellen unseres Verbandes hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit die Stadt unserer diesjährigen Tagung unbestritten eine anerkannte Stellung errungen, und die Münchener Kollegen freuen sich, den achten Verbandstag des Holzarbeiterverbandes in seinen Mauern zu beherbergen. Brüderlichen Gruß den Vertretern der Kollegenschaft aus allen deutschen Gauen. Der Gedanke der Zusammengehörigkeit in der Organisation stärkt unsere Kraft und macht uns tüchtig zur Erfüllung der großen Aufgaben, die uns noch bevorstehen.

### Stimmen zum Verbandstag.

In der Diskussion zum Verbandstage ist unseres Fachblatt für Holzarbeiter gar nicht gedacht worden. Es wird notwendig sein, eine fruchtbereiche Aussprache über die weitere Verbreitung und Ausgestaltung dieser fast unentbehrlichen Fachschrift auf dem Verbandstage zu legen. Man könnte sogar soweit gehen, das Fachblatt obligatorisch einzuführen gegen eine Erhöhung des wöchentlichen Beitrages um 5 Pf. Die größeren Zahlstellen waren auch gut in der Lage, den obligatorischen Bezug wenigstens verhältnisweise mal auf ein Jahr zu beschließen und die Kosten aus der Volkskasse zu bestreiten. Bei der Spezialisierung der Arbeit in fast allen unseren Berufen wird sich für die Kollegen eine gut ausgestattete Fachschrift für die Zukunft als größte Notwendigkeit herausstellen. So macht sich auch in den Reihen der Giessmacher immer mehr das Verlangen nach einer Fachschrift bemerkbar. Bei der Besichtigkeit dieses Berufes und den Umrüschungen, welcher seit einem Jahrzehnt in dieser Branche eingetreten ist, ist ein solcher Wunsch wohl berechtigt. Außerdem sind viele unserer Kollegen gezwungen, die Arbeiten, das heißt ein gewisses Pensum, in bedeutend kürzerer Frist herzustellen wie dies früher der Fall war. Deshalb hat jeder Kollege, aber namentlich die jungeren, ein großes Verlangen danach, die Vorteile so-

viel wie möglich herauszufinden und können hierbei Anregungen, Beobachtungen usw. in unserm Fachblatt nur von großer Bedeutung sein.

Überhaupt sollten mittlere und größere Zahlstellen darauf mehr bedacht sein, sachverständige Lehrlinge, Veranstaltungen und Vorträge zu arrangieren, das würde von grossem Nutzen für unser Fachblatt sein. Auch in bezug auf die Mitarbeit beim Fachblatt haben wir eine große Anzahl Kollegen, welche befähigt sind, auch hierin etwas zu leisten. Wäre nur ein Bruchteil von dem, was über Beitrags erhöhung und Staffelbeiträge in letzter Zeit in der "Holzarbeiterzeitung" geschrieben ist, für unser Fachblatt verwendet worden, so hätte es an Anregung nicht gefehlt. Wir wollen hoffen, daß die Kollegen, welche betreffs der Staffelbeiträge große Nachdenkenspiel ausspielen haben, sich in ebensolcher Weise für den weiteren Ausbau und die Verbreitung des Fachblattes interessieren, dann kann und wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Erich Neudeck, Bochum.

Die meisten in der "Holzarbeiter-Zeitung" zum Wort gekommenen Kollegen haben sich für Einführung der Staffelbeiträge ausgesprochen. Viele von ihnen haben im Interesse ihrer Zahlstelle das Wort ergriffen, haben also einen ganzen Teil Kollegen hinter sich. Betrachtet man sich nun das Resultat der Urabstimmung, dessen Mehrheit ich bezweifeln möchte, da doch sonst bei allen Verbandsangelegenheiten drei Viertel der Mitglieder abstimmen müssen, so sollte man über die Einführung der Staffelbeiträge nicht so leicht hinweggehen. Die Hälfte der Mitglieder, welche sich an der Urabstimmung nicht beteiligt haben, kann man doch ebensogut für Anhänger der Staffelbeiträge halten, oder sie haben sich als Protest gegen die öffentliche Abstimmung der Stimme erhalten. Auch ich kann mich mit den Anhängern der Staffelbeiträge nur gegen die obligatorische Erhöhung des Verbandsbeitrages erklären. Wir besser entlohnten Kollegen zahlen den erhöhten Verbandsbeitrag ganz gern, aber man müßte doch auf die schlechter entlohten Kollegen Rücksicht nehmen. Wer werden herzlich gern dazu beitragen, daß die Verbandskasse gefüllt wird. Aber vor der leichten Bewegung hieß es: unsere Kassen sind völlig intakt, und nachdem durch die Erhebung des Extrabeitrages noch etwas dazu gekommen ist, kommt der Hauptrvorstand mit Erhöhung des Beitrages, das können viele Kollegen nicht begreifen. Nun, unsere Hauptkasse muß gestärkt werden, unser Hauptrvorstand wäre mit seiner Beitrags erhöhung gesonnen, wenn nicht die Notwendigkeit dazu vorhanden wäre. Der Verbandstag soll nun die Kollegen in den schlechter entlohten Gegenden vom erhöhten Verbandsbeitrag befreien. Da haben wir ja schon Staffelbeiträge. Warum denn halbe Arbeit machen. Wir haben in den besser entlohten Gegenden auch Kollegen, die trotzdem noch schlecht entloht werden. Da wäre es doch das Beste, es würde gleich ganze Arbeit genutzt und Klassenbeiträge eingeführt. Sehr viele Kollegen, welche für Einführung der Klassenbeiträge sind, haben doch keinen Vorteil davon, da sie bei Einführung der Staffelbeiträge in einer höheren Klasse werden zahlen müssen als wie sie bisher gezahlt haben. Ich meine, daß zwei Klassen vollständig genügen würden, und zwar könnte man es bei einem Wochenverdienst unter 20 M. bei dem 50 Pf. Beitrag belassen und für die Kollegen mit einem Wochenverdienst über 20 M. einen entsprechend höheren Beitrag anzusehen bei den jetzt bestehenden gleichen Unterstützungsabschlägen. Die besser entlohten Kollegen werden sobald Idealismus besitzen, das Opfer der erhöhten Beitrag-Leistung zu bringen. Es ist doch nicht immer nötig, daß mit der Erhöhung des Beitrages auch die Erhöhung der Unterstützung einhergeht. Es hält bei dem jetzt bestehenden Verbandsbeitrag schon schwer, die fernstehenden Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, und bei dem erhöhten Verbandsbeitrag wird es noch viel schwerer werden. Aus diesem Grunde kann ich mich nur für die Einführung von Staffelbeiträgen erklären.

Theodor Holtz-Neuenhagen.

### Soziales.

Die Lohnbewegung des Königs von Preußen ist erfolgreich beendet. Die Sache ist sehr sorgfältig vorbereitet worden. Die Arbeitgeber, nämlich das preußische Volk, hatte von den Plänen, die zu seiner erfolgreichen Schöpfung erwogen wurden, keine Ahnung. Alles wurde im geheimen, unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit vorbereitet. Nachdem die Minen sorgfältig gelegt waren, die Regierung sich versichert hatte, daß die sogenannten Volksvertreter das Volk verraten würden, da wurde losgeschlagen und binnen wenigen Tagen war die Bewegung beendet, ohne daß es nötig gewesen wäre, zu den Mitteln des Streiks zu greifen. Es wurde ein durchschlagender Erfolg erzielt, und der Nutzen, der dem König aus der Aktion erwächst, beträgt nicht weniger als 3½ Millionen Mark jährlich.

Die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg hat für die Niederlage, die sie bei der Wahlreform erlitten, eine glänzende Reaktion genommen. Nach langwierigen Berechnungen und Erwägungen, nachdem sich selbst der König feierlich verpflichtet hatte, das Wahlrecht organisch fortzuentwickeln, hat die Regierung eine Vorlage eingebracht, deren Zweck es war, die Fortentwicklung des Wahlrechts zu hemmen und die Entrichtung des Volkes aufzustecken. Der konservativ-liberale Block, des Königs Triumvirat, die sich sonst in Wahlrechtsbetrachtungen gegenüber dem Herrscher nicht genug tun können, haben auf das Versprechen des Königs wenig Rücksicht genommen und die an sich schon jämmerliche Vorlage der Regierung noch nicht beachtet. Schließlich haben sie das Machwerk, an dem allerdings in Wirklichkeit nichts verloren war, der Regierung zerrissen und zerstört vor die Füße geworfen.

Nach dieser Behandlung der Wahlrechtsvorlage hätte man annehmen sollen, daß zwischen Regierung und Landtag in Preußen ein tiefer Riß besteht. Der Gegensatz war jedoch nur ein scheinbarer. Im Grunde sind die beiden

Faktoren einig darin, daß dem Volle jede Erweiterung der Rechte vorzuhalten ist. Das preußische Volk soll nach dem Willen der Regierung Steuern zahlen und das Land halten. Und die Übereinstimmung zwischen Regierung und Landtag in dieser Frage vor aller Welt zu dokumentieren, dazu bot die Forderung einer Lohnserhöhung für den König die beste Gelegenheit. Die Niederlage bei der Wahlrechtsreform ist vergessen, die einstimmige Annahme der neuen Forderung durch alle bürgerlichen Parteien löst die Erinnerung an die tödlich erlittene Schlappe der Regierung vollständig aus.

Bethmann Hollweg kann triumphieren; er hat einen großen Erfolg errungen, der um so höher zu veranschlagen ist, als die Lohnforderung des Königs so dünn und ungewöhnlich begründet war, wie es eben nur ein preußischer Bureaucrat fertig bringt. Im Jahre 1820 hätte der König in einem Anfall von Grobmuth die Domänen und Forsten dem Staat für die Kleinigkeit von 2½ Millionen Talern fächerlicher Rechte überlassen. Inzwischen hätte sich aber der Ertrag der Güter gewaltig gezeigt und deshalb muß der Staat, der inzwischen die Rechte im Jahre 1850 um 1½ Millionen, im Jahre 1868 um weitere 3 Millionen und im Jahre 1880 nochmals um 3½ Millionen Mark erhöht hat, jetzt das Einkommen des Königs wiederum um 3½ Millionen Mark pro Jahr steigern, um einen billigen Ausgleich zu schaffen.

Diese Begründung ist töricht; sie führt, wenn man sie grundsätzlich anerkennt, zu den schaurigsten Konsequenzen. Das schönste dabei ist aber, daß die Geschichte von der im Jahre 1820 an den Tag gelegten Grobmuth des Königs eine Fabel ist. Die Fürsten haben ja in früheren Jahrhunderten das Land ihrer Untertanen sehr oft und gern als ihr persönliches Eigentum in Anspruch genommen. In Preußen aber waren die Domänen und Forsten von jeher unzweifelhaft Staats Eigentum gewesen. Nur aus dem Ertrag wurde eine Summe zur Verstellung des königlichen Haushaltes bestimmt. Als Friedrich Wilhelm III. den Alt vollzog, der ihm jetzt als so große Hochherzigkeit ausgesetzt wird, hat er nur die Absicht gehabt, ein seines Geschäfts zu machen. Auf den Domänen und Forsten lastete damals eine Schuld von 180 Millionen Talern. Die Verdienstung dieser ungeheuren Summe hat er in hochherziger Weise dem Staat, d. h. dem Volk, überlassen, dem außerdem die Verpflichtung auferlegt wurde, dem König jährlich 7,7 Millionen Mark zu zahlen.

Diese Begründung der jüngsten Lohnforderung ist also oberfaul, und der Hinweis auf die starke Vermehrung der königlichen Familie ist keineswegs beachtenswert. Wir wollen nicht so unfreudlich sein und an die kleine Waschbüttel erinnern, welche die zartflühende Frau v. Bopelius in Saarbrücken einer armen, kinderlosen Bergmannsfrau als probates Mittel gegen den Kindersegen empfohlen hat. Die königliche Familie in Preußen ist so reich, daß sich ihre Kopfzahl noch sehr stark vermehren kann, ohne daß einer ihrer Angehörigen deshalb Not leiden müßte. Dazu sind auch die hohenzollerschen Prinzen, besonders auf militärischen Gebiet, so hervorragend qualifiziert, daß sie durchgehends sehr schnell einen militärischen Rang erreichen, dessen Gehalt allein dem Inhaber ein sorgenfreies Leben gestaltet. Und ganz abgesehen von diesen Nebeneinnahmen der Mitglieder des Herrscherhauses und verschiedener Geldverleiher Privilegien, die sie genießen, haben der König und verschiedene seiner Familienangehörigen einen riesigen Privatbesitz. Allerdings scheinen die Güter des Königs, nach den Angaben, die der Finanzminister über ihren Ertrag gemacht hat, sehr schlecht bewirtschaftet zu werden. Aber dann hätte hier die bessende Hand angesetzt und nicht dem Volle Millionen abgeknöpft werden sollen.

Wein, es lag kein Grund vor, das Niedereinkommen des Königs von Preußen um 3½ Millionen zu erhöhen, und damit sein Gehalt auf 192.192.96 M. zu steigern, während Millionen fleißiger Arbeiter sich nur kümmerlich ernähren oder direkt Hunger leiden. Es wirkt aufreizend, wenn man den alten Kriegsteilnehmern die beschädigte Unterstützung vorenthält; weil kein Geld vorhanden ist, wenn man aus dem gleichen Grund das Versprechen, den Hungersold der Soldaten um ein paar Pfennige zu erhöhen, nicht einhält, wenn man an den Invaliden- und Unfallrenten der Arbeiter unaufhörlich knapp ist und Abzüge macht, wenn man den durch die Steuerpolitik der Regierung arbeitslos gewordenen Fabarbeitern die finanzielle Unterstützung wegen Geldmangel entzieht und zugleich Millionen in so überflüssigerweise hinauswirft, wie es in dem Fall geschah.

Den bürgerlichen Parteien, deren Abgeordnete ohne Ausnahme an dem faulen Händel teilgenommen haben, war es nicht ganz wohl dabei, deshalb auch die unglückliche Beschleunigung. Am 4. Juni wurde die Vorlage eingebracht. Schon am 7. Juni stand die erste Lesung statt und am 9. Juni war das Gesetz in zweiter und dritter Lesung durchgepflastert. Von einer Diskussion kann man ja, soweit die bürgerlichen Parteien in Betracht kommen, nicht reden. Hätten nicht die Sozialdemokraten ein deutliches Wort gesprochen, dann wäre die Sache schließlich lautlos abgegangen, um die Ruhe des Volkes nicht zu stören. Aber diese Voricht ist vergebens. Das Volk ist verständig genug, sich einer Sache darauf zu machen, daß ihm jede Erweiterung des Wahlrechts vorerhalten wird, während die ihm abgepreßten Steuergroßen dazu verwendet werden, innenpolitischen Druck zu erhöhen. Dieser Sieg der Regierung bei der Lohnbewegung für den König ist ein Pyrrhusieg, er wird für sie zur Quelle empfindlicher Niederlagen werden.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Zollabbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbetrag in diesen Zahlstellen ab 1. Juli beträgt in Göpen 110 Pf., Hammersbach 10 Pf., Herlohn 70 Pf., Möllerfeld 70 Pf., Ohligs 70 Pf., Posen 70 Pf., Taucha 80 Pf., Weitz 70 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 25. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Aufgabe des Verbandsstages werden in der Woche vom 19. bis 25. Juni die Geschäfte auf dem Verbandsbüro nicht mit voller Pünktlichkeit erledigt werden können. Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen deshalb, bei der Korrespondenz hierauf Rücksicht nehmen zu wollen und nicht-eilige Sachen so viel als möglich bis nach dem Verbandsstag zuzustellen. An der Verbandsstagswoche sind dringende Korrespondenzen (aber nur solche) für den Verbandsvorstand nach München, "Schwabinger Brauerei", Leopoldstraße, zu adressieren.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen von unseren Zahlstellen weiter folgende Beträge ein: Liegnitz 200,-, Weitz 10,-, Berlin IV. Rate 1000,-, Dorf 25,-, Rommels 100,-, Nauen 80,-, Bechendorf 50,-, Freiberg i. S. 81,80, Glashütte 50,-, Neugersdorf 11. Rate 7,-, Nauenau IV. Rate 100,-, Altenburg 11. Rate 120,-, Münnichsdorf 10,75, Marzahnstädt 11. Rate 12,10, Beusenroda 50,-, Würgel i. Th. III. Rate 100,-, Lauterberg 40,-, Aschersleben 15,-, Hettstedt 15,-, Bergedorf 100,-, Bremervörde 11. Rate 200,-, Altenburg 150,-, Bielefeld I. Rate 200,-, Blomberg 11. Rate 22,80, Lage 25,-, Grefeld 100,-, Beckum 10,-, Altenberg 10,-, Dinslaken 10,-, Regensburg 11. Rate 70,-, Krumbach 20,-, Mühlkofen 20,-, Töls 50,-, Baden-Baden 20,-, Pforzheim 150,-, Einzelmitglieder Herzogtum 1,-, Hausdorf-Densdorf 1,- Pf. In Summa 3176,05 M. Bereits quittiert 10350,40 M., zusammen 22536,35 M.

Nächste Woche sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 31640 Karl Griesmeier, Tischler, geb. 6. 5. 84 zu Gunzenhausen.

66651 Leopold Naumann, Tischler, geb. 20. 1. 68 zu Berßel, 73926 Wilhelm Welz, Tischler, geb. 28. 12. 67 zu Drebkau, 06101 Oskar Bischoff, Tischler, geb. 20. 12. 71 zu Grünhainichen.

141809 Franz Pau, Tischler, geb. 6. 8. 78 zu Niemitz, 187036 Max Berndt, Drechsler, geb. 2. 5. 87 zu Waldheim (Sa.).

206713 Julius Hallinger, Tischler, geb. 3. 2. 78 zu Neinhäusen, 243030 Max Oser, Fräser, geb. 21. 7. 73 zu Lahr.

260141 Heinrich Kleinschmidt, Modelltischler, geb. 1. 6. 75 zu Nollinghausen.

205247 Adolf Zwicker, Tischler, geb. 20. 5. 87 zu Straubenei.

363819 Franz Barra, Tischler, geb. 26. 12. 42 zu Brim.

458497 Richard Döring, Polierer, geb. 14. 6. 89 zu Geringenwalde.

461728 Johann Seeger, Tischler, geb. 13. 1. 91 zu Zell.

461948 Paul Hauswald, Modelltischler, geb. 20. 1. 89 zu Wittenberg.

500113 Willi Dolge, Tischler, geb. 27. 6. 92 zu Neustadt a. Orla.

501296 Johann Galland, Drechsler, geb. 15. 2. 78 zu Wahrenbrück.

Berlin C. Neue Friedrichstraße 2.

### Der Verbandsvorstand.

#### Korrespondenzen.

**Auskoch.** Die hiesige Kehlsteink- und Möbelfabrik bei M. Sieck sucht beständig in bürgerlichen Zeitungen und städtischen Arbeitsnachweisen nach Schreinern. Wiederholst sind dabei Kollegen hereingefallen, weshalb wir an alle arbeitslosen Kollegen die Wahrung richten, vorsichtiger zu sein und im eigenen Interesse den Betrieb zu meiden.

**Bernburg.** Einen eigenartigen Begriff von der Vertragstreue hat die hiesige Firma Krebs u. Nährer. Vor kurzem hat sie einen Streit sämtlicher Arbeiter ihres Betriebes dadurch provoziert, daß sie einen Drechsler nachregelte und dasselbe Verfahren für sämtliche übrigen Arbeiter bei geeigneter Gelegenheit in Aussicht stellte, um sich billigere Arbeitskräfte zu verschaffen. In der am 30. Mai vor dem Amtsgerichtsschiedsgericht stattgefundenen Verhandlung gelobte sie ehrenwörtlich und protokollarisch Besserung an. Sie wollte nie wieder den Vertrag verleihen und keinen Arbeiter in der Absicht, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, einzurichten. Auf diese Versicherung hin wurde am 1. Juni die Arbeit wieder aufgenommen. Welchen Wert das Ehrenwort der Firma hat, zeigte sich bald. Kommt da neulich ein Tischler um Arbeit ansprechen und gibt vor, unorganisiert zu sein. Flugs wird derselbe nicht nur wegen dieser bevorzugten Eigenschaft eingestellt, nein, es werden ihm auch die geheimsten Absichten des Unternehmers geoffenbart. Der eine "Wühler" wäre danach glücklich entsezt, und jetzt wäre nur noch nötig, ein paar weitere von den gelebten Unorganisierten zu erhalten, dann flögen die übrigen auch hinaus. Zur Unterstellung dieser freudlichen Absicht ließ sich die Firma Brief und Siegel von dem vermeintlichen Unorganisierten geben, daß er weder den Bedingungen der Organisierten bisher gefolgt sei, noch das jemals tun zu wollen. Aber nur gewahrt: Die Firma täuscht keinen Arbeiter mehr über ihre wahre Absichten, und die Fähigkeit, Verträge zu halten, lernt sie auch noch, wenn's auch schwer fällt. Die Möbelfabrik von Krebs u. Nährer ist für Tischler, Drechsler, Polierer und Maschinenarbeiter strengstens gesperrt.

**Burgkhardt.** In der Stuhlfabrik von Gg. Danum im benachbarten Ort Taura versucht das frühere Verbandsmitglied, der jetzige Meister Kempe, die Akkordlöhne der

Stuhl- und Sofahauer bis zu 80 Proz. herabzusetzen. Um die Abfälle besser durchsehen zu können, bemühte er sich erst, die Arbeiter aus dem Verband herauszubringen. Wer auf seine Wünsche nicht einging, wurde entlassen. Eine Kommission gegenüber, die diesbezüglich bei dem Inhaber Damm vorstellte wurde, drohte dieser Herr mit Entlassung aller Unzufriedenen. Dabei nimmt sich hier dieser Verstandpunkt gar sonderlich aus, müssen doch seine Arbeiter Sonntags oft erst das Geld zur Lohnzahlung bei den Kunden zusammenfinden. Sogar von einzelnen Arbeitern wird mitunter Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes entliehen. Dieselben Leute aber werden dann zum Donat für das Entgegenkommen entlassen. Auswärtige Kollegen dürfen sich kaum um diese Arbeitsstelle reißen.

**Kath. u. S.** Im Inseratenteil sucht die Firma Ludwig Kath. u. Sohn Kastenmacher und Kastenhelfer. Um den Anfragen nach den dort bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu begegnen, teilen wir hierdurch nochmals mit, daß die Arbeitszeit 60 Stunden pro Woche beträgt. Der Mindestlohn für die Kastenhelfer beträgt 88 Pf. pro Stunde. Die Kastenmacher müssen die Arbeiten im Altord übernehmen. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß es sich nur um den Bau von Automobilkästen handelt.

**Karlsruhe.** Als vor Jahresfrist im Rathaussaal zu Mannheim die Vertreter des Arbeitgeberverbundes und die Vertreter der Arbeiter über den neuen Tarif verhandelten, waren es besonders die Karlsruher Kollegen, die für die Garantierung des Stundenlohnes bei Akkordarbeit einztraten. Diese Bestimmung war für uns eine Lebensfrage, weil hier in den großen Geschäften nur in Akkord gearbeitet wird. Die Festsetzung des Akkordpreises für ein Arbeitsstück kann bei der Detailarbeit (Spezialarbeit) einigermaßen sicher berechnet werden, aber dies nur, nachdem das Stück einmal angefertigt und wo die Arbeitsteilung so durchgeführt ist, daß der Arbeiter nicht an der Maschine oder sonstwo gehindert wird. Anders ist dies bei Möbel nach Rechnung. Dort kann die Arbeit nicht nach Stunden berechnet werden, weil allerhand Zwischenfälle vorkommen, auch jede Arbeit anders zusammengebaut wird. In einer größeren Möbelfabrik sind von den circa 85-100 Kollegen keine zwei, die innerhalb eines halben Jahres kein sogenanntes Defizit machen. Es kommt vor, daß in 2-3 Monaten 50-80 M. Defizit für einen Arbeiter verrechnet werden muß. Was wollten unsere Kollegen in solchen Werkstätten machen, wenn der Lohn nicht garantiert wäre? Früher hatte man 15-18 M. in der Woche solchen Arbeitern ausbezahlt. Ja, ja, die gute alte Zeit! Wie entstehen nun die Defizite? Durch langsame Arbeitssicher nicht, denn der Antreiber sieht auch bei der Akkordarbeit hinter den Kollegen. Der Grund liegt in der schlechten, nicht ordnungsgemäßen Kalkulation. Ganz könnte es nicht vorkommen, daß in den meisten Fällen die Hälfte geboten wird, als was zur ordnungsgemäßen Fertigstellung notwendig gezahlt werden müßte. Dazu kommt, daß schon beim Buschschneiden der Arbeit mancherlei mangelt. Kaum hat der Buschschneider die Zeichnung vom Bureau, so steht auch schon der Schreiner hinten dran und muß auf das Holz warten. So werden Stunden verbummt und nachher stellt sich das Defizit ein. Über auch andere Fälle beweisen uns, daß unter allen Umständen Lohngarantie in den Verträgen festgelegt werden muß. In einer Baumschreinerei machen zwei Kollegen die gleichen Türen im Akkord. Der eine hat Glück, kommt an der Maschine an, wird schnell befördert, hat gutes Holz, so daß er 50 Pf. pro Stunde verdienen kann. Der andere muß warten, hat Holz mit Resten, an der Maschine wird er schlecht bedient, beim Fräsen reißt das Holz ein, er muß von Hand die Fehler gut machen, verdient daher nur 40 Pf. pro Stunde. An diesem Beispiel sieht man, welches Risiko der Arbeiter dem Unternehmer abnimmt, daher muß, wie gefragt, die Forderung der Lohngarantie hochgehalten werden. Unsere Karlsruher Kollegen sollten viel mehr auf dem Posten sein und solche Fälle der Ortsverwaltung melden. Auch sonst sollten die Vertragsbestimmungen viel mehr Beachtung finden; es darf keine Lause in der Handhabung des Tarifs eintreten, denn sonst könnten unsere Kollegen die Sache später bereuen. Ein besserer Versammlungsbesuch würde jedesfalls viel zur Besserung beitragen.

**Novomes-Neuendorf.** Die Firma Orenstein u. Koppel und Arthur Koppel, Fabrik für Kleinbahnen und Lokomotivbau, in Drewitz, beschäftigt auch insgesamt 18 Meister bzw. Modelltischler. Während die übrigen Abteilungen des Betriebes musterhaft geführt werden, will es in der Modelltischlerei durchaus nicht klappen. Allerdings liegt die angeblich minderwertige Arbeit dieser Abteilung weniger an den Arbeitern als an den Leistungen des Meisters Schiefer. Dieser diktiert oft ohne die Zeichnung recht geschenkt zu haben ganz einseitig Akkordpreise, bei denen eine gewisse Ausführung der Arbeit ganz unmöglich ist. Dazu fehlt recht oft passendes, trockenes Holz, und die Maschinen sind nur mangelfhaft imstande. Außerdem scheint der Meister sich nicht für den Bau von Motorbooten als für die Fertigung der Modelle zu interessieren. Dafür droht er aber dann den Modelltischlern gleich für den kleinsten Fehler mit 3 M. Strafe. Wenn alle Tischler dieses Betriebes unserem Verband angehören würden, ließen sich auch hier geordnete Verhältnisse einführen.

**Öschersleben.** In einer gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Kollege Müller-Halberstadt über: "Die Tarifbewegung, ihre Erfolge und Lehren". Ein Laufe seiner Ausführungen bezeichnete er es als höchst bedauerlich, die grenzenlose Interessenslosigkeit, welche unter den Kollegen, die für die hiesige Filiale der Zahlstelle Halberstadt in Betracht kommen, jetzt herrsche. Dass die Verhältnisse in Öschersleben wirklich keine rostigen sind, beweis die nachfolgende Diskussion. Bei der Firma Bölte, Maschinenfabrik und Eisengießerei, gehört es nicht zu den Sollertenheiten, daß unsere Kollegen bei einem Stundenlohn von 30 Pf. von früh 5 Uhr bis abends 8 Uhr arbeiten müssen. Es ist wirklich eine Glanzleistung, wie in der Diskussion ausgeführt wurde, in sieben Tagen 95 Stunden herunterzuwirtschaften. Trotzdem genügend Platz vorhanden, wird an eine Einstellung nicht gedacht. Auch in den anderen Betriebszweigen herrschen diese Zustände. Eine

Arbeitszeit von 18 Stunden und häufig noch länger, bedeutet eine durchaus unzulässige Überlastung. Es ist bei solch langer Arbeitszeit auch sein Wunder, wenn ein Unglück, wie es vor einigen Tagen passierte, vorliegt. Ein Arbeiter fiel in einem Unfall von Ohnmacht auf die Drehbank und sog sich erhebliche Verletzungen am Kopf zu; seine Überführung in das Krankenhaus war notwendig. Hier muß Wandel geschaffen werden, die Arbeiter können mit solchen menschenunwürdigen Verhältnissen nicht zufrieden sein, auch sie wollen nach des Tages Lust und Mühen Erholung suchen. Hier müssen die organisierten Arbeiter für Abhilfe sorgen, indem sie sämtlich die dort beschäftigten Arbeiter zur Organisation heranziehen. An die Kollegenschaft Deutschlands wird die Aufforderung gerichtet, Öschersleben zu meiden, bis bessere Verhältnisse geschaffen sind.

**Posen.** Unter der in den letzten Jahren herrschenden Krise halten die hiesigen Baufachleute besonders schwer zu leiden. Die Unternehmer bemühen die Gelegenheit, die Löhne zu drücken und die tariflichen Vereinbarungen zu umgehen. Wegen der großen Arbeitslosigkeit war es uns nicht möglich, energisch dagegen aufzutreten. Mit dem Anziehen der Konjunktur verbesserte sich auch die Position unserer Kollegen und man konnte daran denken, die eingesetzten Verschlechterungen wieder zu beseitigen. In dem Betrieb von Pfeiffer verständigten sich die Kollegen in einer Werstatthaltung, den Unternehmer zur Zahlung der vertraglichen Preise anzuhalten. Die Schlichtungskommission wurde ersucht, einzugreifen. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbundes, der zugleich Vorsitzender der Schlichtungskommission ist, teilte aber mit, daß Herr Pfeiffer eine Verhandlung ablehne. Da ihm jede Möglichkeit fehle, den Pfeiffer zu zwingen, sich der Entscheidung der Schlichtungskommission zu unterwerfen, müsse er es den Arbeitern überlassen, zu sehen, wie sie mit ihm fertig würden. Da Pfeiffer, wohl im Vertrauen auf das große Klubwerk seines Vorarbeiters fühlt sich auf nichts einzulassen, beschlossen die Kollegen einsichtig, die Arbeit niedezulegen. In dem Beschuß beteiligte sich der in dem Betrieb beschäftigte Vorsitzende des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins, Ernst Freier. Er berichtete auch in der Versammlung der Gewerbevereine darüber und warnte sie, sich zu schlechten Handlungen herzugeben. Dann aber ging dieser Mustergewerbeverein hin und wurde selbst Streikbrecher. Auf Vorhalt erklärte er, daß er mit der Streikunterstützung nicht existieren könne. Da aber die übrigen Kollegen, unter denen auch ein Gewerbeverein waren, fest zusammenhielten, blieb der Streikbrecher des Hirsch-Dunderschen Vorsitzenden erfolglos. Herr Pfeiffer, der einsah, daß er mit dem Streikbrecher auf keinen grünen Baum kommen könnte, zog es bald vor, nachzugeben und den Tarif anzuerkennen.

**Bussenhausen.** Der Streit der hiesigen Schreiner ist so ziemlich beendet. Waren sind noch 9 Meister mit der Bewilligung im Rückstand, aber das sind nur kleine Krauter, deren Betriebe geplatzt bleiben. Die Streikenden sind bis auf 2 Kollegen untergebracht. Die 9 Herren, unter denen sich auch die hiesige Leitung des Arbeitgeberverbundes befindet, sind natürlich von dem Verlauf der Bewegung sehr wenig erbaut. Ihrem Vergehen machen sie auf verschiedene Weise Lust. Da ist z. B. der Herr G. Lammle, dessen lebhafte Temperament zu seinem sanftmütigen Namen gar nicht recht passt. Besagter Lammle führt den unübersehbaren Drang in sich, den Schreinern einmal gehörig die Meinung zu sagen. Da es jedoch mit der mündlichen Ausführung seines Vorhabens einige Schwierigkeiten hatte, griff er zu Feder und Papier, setzte sich auf seinen Holzboden und verfaßte einen Schreibebrief an den Deutschen Holzarbeiterverband, Zahlstelle Bussenhausen, den er uns mit der Bitte überwandte, ihn in der Mitgliederversammlung zur Verlesung zu bringen. Eigentlich sollten wir dieses Werk auch hier zum Abdruck bringen, aber uns ist, offen gestanden, der Raum unserer Zeitung zu schade. Es genügt, wenn wir konstatieren, daß es der gute Herr Lammle beschämend findet, daß die Bussenhäuser Schreiner einen Mindestlohn und Garantie des Stundenlohnes verlangen, obwohl es doch keine 20 gute Möbelschreiner hier gibt. Dieser Ton läßt schon erkennen, welch liebliche Melodie Herr Lammle anschlägt. Er erzählt auch gar schreckliche Geschichten über mangelhafte und verpfuschte Arbeiten, die in seiner Bude gemacht worden sind. Sollen wir darauf antworten? Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und kennen auch den Verfasser. Lassen wir den wildgewordenen Meister sich austoben. Die Schimpfer über die Faulenzer und Lausbuben, die er in Wirtschaften an den Mann bringt, lassen uns auch kalt. Neuheiten aus solchen Mundnehmungen wie nicht tragisch. Wir haben im Gegenteil die Hoffnung, daß, wenn erst einmal die große Hize vorüber ist, der jetzt so rabiate Herr noch andere Töne anschlagen wird.

#### Unsere Lohnbewegung.

In Altenstein ist der Vertrag in den Betrieben von Gosse, Brandstädter, Eggers und Germanowitz noch nicht anerkannt. Diese Betriebe sind deshalb gesperrt.

In Brandenburg haben die bei der Firma Räschig beschäftigten Tischler, Maschinen- und Hilfsarbeiter Verkürzungen auf Verkürzung der Arbeitszeit von 59 auf 57 Stunden pro Woche sowie auf Erhöhung der Akkordpreise und der Stundenlohr. gestellt. Da Herr Räschig jedes Entgegenkommen ablehnt, traten die Kollegen am Montag, den 6. Juni, in den Streik.

In Bredenbeck dauert der Streik der Tischler fort. Die Kollegen verlangen die Abschaffung von Stoß und Logis, 10ständige Arbeitszeit und 21 M. Mindestlohn. Man sollte nicht glauben, daß wegen solcher geringfügigen Sachen noch wochenlang gestreikt werden muß. Nun, wir können es aushalten. Die Meister sind bemüht, Streikbrecher heranzuziehen, haben aber damit wenig Erfolg. Es wird um Fernhaltung des Zuganges gebeten.

In Crimmitschan haben die Bau- und Möbelfabrik am 11. Juni die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

In Delmenhorst haben in der Waggonfabrik von C. Tonjes am 1. Juni sämtliche Tischler, Stellmacher, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter die Arbeit eingestellt. Statt bis zum genannten Termin Verband-

lungen mit uns zu führen, wurden vom Chef und auch vom Betriebsleiter angeblich sehr eitige Reisen unternommen, und wir sollten dann mit unserer Sache so lange warten, bis diese Reisen beendet seien. Da es sehr fraglich erschien, daß diese Reisen in unserem Interesse unternommen waren, mussten wir die Differenzierung der Sache ablehnen. Am 4. Juni fand dann eine Verhandlung statt, die aber resultlos verlief. Der Kampf geht also weiter. Die Firma hat Agenten unterwegs, denen es gelungen sein soll, in Berlin 30 Streikbrecher zusammenzubringen, die unter Polizeibedrängung nach der Fabrik geschafft wurden. — Wir bitten dringend, darauf zu achten, daß der Zugang fernzuhalten wird.

In Dessau hat bisher die Tischlerinnung auf unsere am 24. Mai auf ihr Verlangen eingereichten Forderungen nicht geantwortet. Aus einem Berichte der "Fachzeitung" des Schuhverbandes ist zu entnehmen, daß vielleicht die 6 Pfennig Lohnerhöhung, die gefordert sind, bei ihnen verschwindet hat. Die Herren mögen aber gefäßt nicht untersetzen, mitzutun, daß es sich dabei um einen Minimallohn von ganzen 40 Pfennig handelt, und zugestehen, daß sie bisher ganz erbärmliche Löhne gezahlt haben. Das wird einer friedlichen Vereinbarung über die Gestaltung des neuen Arbeitsverhältnisses weit günstiger sein. Zugang von Tischlern nach Dessau ist streng fernzuhalten.

In Frankfurt a. M. sind bei der Firma Paxos-Union die Modellschreiner in den Streit getreten, weil die Firma, die von dem Metallarbeiterverband eingereichten Forderungen, denen sich die Modellschreiner angeschlossen hatten, rücksicht abgelehnt hat mit der Begründung, das Geschäft vertragte keine Lohnerhöhung und keine Arbeitszeitverkürzung. Durch Antrag in den Fabrikräumen machte sie bekannt, daß die Einrichtung der Forderungen eine bedauerliche Einwirkung seitens der Gewerkschaft sei. Den Wünschen der Arbeiter sei bisher noch immer Gehör geschenkt worden, aber eine Behandlung in dieser Form würde zu endlosen Weiterungen führen, die seitens der Firma nicht erfüllt werden könnten. Sie erwartet von den gesunden Menschenverstande ihrer Arbeiter, daß sie sich der Vorteile erinnern, welche sie bei der Firma gewiehen. Diese "Vorteile" sind eine Pensionskasse, die aber nur in ganz seltenen Fällen jemandem zugute kommt, weil eben die Arbeiter dort nicht so lange im Betrieb arbeiten. In welchem Maße die Firma den Wünschen der Arbeiter Gehör geschenkt, sieht man in diesem Falle, wo die erhobenen Forderungen keineswegs als übertrieben bezeichnet werden können. Der Kampf ist den Kollegen ausgedehnt und ist es Pflicht aller Modellschreiner, den Zugang nach Frankfurt a. M. streng fernzuhalten.

In Gardelegen haben die Tischler am 18. Juni die Arbeit niedergelegt, weil die Arbeitgeber statt der geforderten 6 Pfennig Lohnerhöhung nur 2 bis 3 Pfennig bewilligen wollten, was in Abetracht des bisherigen Durchschnittsergebnisses von 30 Pfennig von den Kollegen als ungünstig abgelehnt wurde. Vor Zugang von Tischlern nach Gardelegen wird deswegen dringend gewarnt. Den Korbmachen ist es gelungen, auf sämtliche Gemattarbeiten in zwei Werkstätten 10 Proz. Zulage zu erzielen. Der Korbmachermeister G. Walla dagegen hat es abgelehnt, die Forderungen zu bewilligen, mit der Begründung, daß er lieber spaßieren gehen und damit sein Geld leichter verdienen wolle. Die Korbmacherskollegen werden ersucht, Herrn Walla keine Gelegenheit zu geben, diesem Vorsatz untreu zu werden, und seine Werkstätte strengstens zu meiden.

In Großhartmannsdorf sind die Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter der Holzwerke von Otto Berlebach in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen die 8-Stündige Arbeitszeit, Lohnzuschlag pro Stunde 4 Pf., entsprechende Erhöhung der Akkordpreise und Zuschlag für Nebenkosten, sowie Einführung eines Normallohnes von 30 Pf. Ferner die Anerkennung der Arbeiterkommission. Herr Berlebach rühmt sich gern, daß er stets das Wohl der Arbeiter im Auge hat. Hier ist ihm Gelegenheit geboten, seine Worte in Tat zu umsetzen. Für alle Fälle empfiehlt es sich, den Zugang fernzuhalten.

In Neustadt a. d. Hdt. befinden sich die Kollegen in einer Lohnbewegung. Schon im März dieses Jahres wurde die neunstündige Arbeitszeit und 6 Pfennig Lohnerhöhung, verteilt auf drei Jahre, gefordert. Diese Forderung wurde von den Meistern rücksicht abgelehnt. Mit Rücksicht auf die Bauarbeiterauspaltung wurde die Weiterführung der Bewegung zunächst vertagt. Nunmehr wurde aber am 11. Juni die Kündigung eingereicht. Die auswärtigen Kollegen werden gebeten, Neustadt zu meiden.

In Plauen i. Vogtl. haben die Bau- und Möbel-tischler, soweit Kündigung nicht vorhanden, am 10. Juni die Arbeit eingestellt; in den übrigen Betrieben wurde die Kündigung eingereicht. Vor einigen Wochen wurden den Arbeitgebern Forderungen unterbreitet, über welche in einer Anzahl Sitzungen verhandelt und über die meisten Punkte eine Verständigung herbeigeführt wurde. Geringe Differenzen waren noch vorhanden in der Frage der Lohnerhöhung, des Montagegeldes, des Mindestlohnes und einiger anderer Praktiken. Dagegen war man sich einig in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Vertragsdauer. Über die Streitfragen sollte im Beisein von Vertandsvertretern weiter verhandelt werden. Diese Verhandlung fand am 9. Juni in Plauen statt. Am Abend vorher hatte Herr Hobbe vom Schriftverband den Meistern in einer Versammlung erzählt, daß sie nur einen dreijährigen Vertrag abschließen durften und er brachte es auch fertig, die Verhandlungen hieran scheitern zu lassen. Unsere Kollegen stellten sich mit Recht auf den Standpunkt, daß die Vertandsvertreter nur in den noch vorhandenen Differenzpunkten vermitteln sollten und hielten darum an dem bereits vereinbarten vierjährigen Vertrag fest, worauf die Verhandlungen abgebrochen wurden, ohne daß über die weiteren Streitfragen verhandelt werden konnte. Als nächste Folge haben nun die Plauener Tischlermeister den selbstverschuldeten Kampf zu ertragen. Zugang von Tischlern, Polierern, Tischlern und Maschinenarbeitern ist deswegen streng fernzuhalten.

In Rheinland und Westfalen nimmt der Streit der Parkettleger, der sich auch auf die Firma Gail Wv. in Biebrich-Wiesbaden erstreckt, seinen Fortgang. Einige

angeworbene nichtorganisierte Arbeitsswillige haben, nachdem sie über die Bewegung die nötige Klärung erhalten haben, die Arbeit gleichfalls wieder eingestellt. Nunmehr wird seitens der Unternehmer versucht, einen Druck auf die Streitenden auszuüben, woran sich die Firma Gail wieder am hervorragendsten beteiligt. Durch das Parkettleger in Köln wurden einer Anzahl Leger gleichartige Schriftstücke zugeschickt deshalb, daß sie die Arbeit ohne rechtlichen Grund eingestellt hätten und sie dadurch vertragshilflich geworden seien; man erwarte die Fertigstellung der übernommenen Arbeiten, andernfalls die Arbeiter die Abfehr erhalten würden und klagen auf Schadensersatz zu gewährten hätten. Verhandlungen mit kontraktbrüchigen Parkettlegern seien ausgeschlossen usw. Diese Mitteilungen ließ Gail sofort eine Reihe von Klagen folgen, aber das Gewerbeamt in Biebrich wies ihr in seiner Sitzung vom 10. Juni mit seinen Ansprüchen ab. Parkettleger Deutschlands, meidet das Streitgebiet!

In Waiblingen bei Stuttgart stehen die Schreiner seit 14 Tagen im Streit. Hierbei spielt der Vertreter des christlichen Holzarbeiterverbandes in Stuttgart eine eigenartige Rolle. Hat er doch dem Schreinermeister Würlinger einen christlich organisierten Streikbrecher vermittelt, Franz Xaver Böhringer heißt der Arbeitsswillige, an dem allerdings der Meister nicht viel Freude erleben wird. — Wir bitten den Zugang fernzuhalten.

In Waldenburg i. Schlesien sind die Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern die Heraussetzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden täglich und Erhöhung des Stundentlohnes um 5 Pf. Die Tischlerinnung scheint nicht recht geneigt zu sein, Entgegenkommen zu zeigen. Der Vorstand der Innung hat sogar beschlossen, auf die Zuschrift der Arbeiter keine Antwort zu geben und Zugeständnisse nicht zu machen. Ob die Unternehmer auf diesem Standpunkt beharren, bleibt abzumachen. Jedenfalls wird gebeten, den Zugang nach Waldenburg, Altwasser und Umgang fernzuhalten.

In Wolgast ist der Streit der Möbelstischler bei fünf nach dreitägiger Dauer beendet. Es wurde ein Tarifvertrag auf die Dauer eines Jahres abgeschlossen, durch welchen die Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden verkürzt und der Minimallohn von 33 auf 38 Pf. erhöht wird.

#### Ausland.

In Nordböhmen stehen die Tischler in mehreren Orten im Streit. Hierbei wird uns aus Meichenberg gejährt: Hier besteht seit zehn Jahren die neunstündige Arbeitszeit. Es ist daher kein Wunder, wenn sich die organisierten Tischler sagen, daß es Zeit ist, wieder einen Schritt nach vornwärts zu tun. In den fünf größten Tischlerwerkstätten wurden deshalb Forderungen überreicht, und zwar: Verkürzung der Arbeitszeit und 10 Proz. Lohnerhöhung. Die Antworten der Meister, die in der Vereinigung organisiert sind, waren nicht aufzufinden, und sind deshalb die Gehilfen in den Streit getreten. In Gablonz stehen ebenfalls die Gehilfen im Streit um die Verkürzung der Arbeitszeit. Auch in Wandsdorf i. B. sind Forderungen gestellt und sind die bisherigen Verhandlungen resultlos verlaufen. Aus allen bisherigen Antworten der Meister ist zu erkennen, daß die Tischlermeister nicht allein handeln, sondern daß die Gesamtorganisation der Unternehmer hinter ihnen steht. Der Kampf wird kein leichter sein, und wir appellieren daher an alle Kollegen, Reichenberg, Gablonz, Warnsdorf und überhaupt das nördliche Böhmen zu meiden. Die Meister annoncierten häufig in den Zeitungen, haben aber bis jetzt kein Glück gehabt. Auch Agenten sind auf der Suche nach Tischlern und Maschinenarbeitern. Wie ersuchen, sofort zu berichten, wo solche austreten an die Adresse: Holzarbeiter, Reichenberg, Gasthaus zur Stadt Nürnberg.

#### Aus der Holzindustrie.

Die Einfuhr russischer und galizischer Weiselfasche wird gegenwärtig in Korbmacherkreisen lebhaft erörtert. Es dürfte daher angebracht sein, zur Orientierung unserer Kollegen einige Zahlen aus den reichsstatischen Veröffentlichungen hier anzuführen. Es betrifft die Einfuhr an großen Korbblechwaren, roh oder gefärbt, aus geschälten oder ungeschälten Ruten, aus Rohr, Peddig oder Holzspan (Nr. 500a des Warenverzeichnisses):

im Jahre	ingesamt aus Oesterl. Ung. aus Russland	hierbei
	dz	dz
1901	9 500	8 100
1902	10 290	2 900
1903	11 700	3 300
1904	12 600	3 500
1905	12 900	3 400
1906	9 800	3 200
1907	9 952	4 280
1908	10 014	8 102
1909	10 459	3 799

Leider geht aus diesen statistischen Veröffentlichungen nicht hervor, inwieweit speziell der Artikel Weiselfasche zu diesen Einfuhrmengen beigetragen hat. Doch läßt die Zusammenstellung innerhin erkennen, daß jowohl russische Fabrikate in Betracht kommen, die Einfuhr in den letzten Jahren ganz bedenklich gestiegen ist. Und hier handelt es sich hauptsächlich um Weiselfasche. Während bis 1906 die Einfuhr aus Russland ja unbedeutend war, daß sie in der Statistik unter „aus sonstigen Ländern“ rubriziert wurde, ist dies jetzt anders geworden. Der Einfuhrzoll beträgt für den Tropenzentner 3 Mt., das macht pro Korb 25—30 Pf. und stellt so ungefähr 6 Proz. des Engrospreises dar. Angesichts dieser Verhältnisse ist es erklärlich, wenn unter den Korbmachern der Weiselfasche eine gewisse Unruhe entsteht.

Zum christlichen "Holzarbeiter" haben wir fürzlich eine dumme Bemerkung, die er sich uns gegenüber erlaubt hatte, vertheidigt. Dagegen wehrt sich das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, und in seiner Nr. 23 fördert es Redensarten zulage. Ich weiß sehr weise dünnen

mögeln, denen wir aber die Ehre, sie einer ernsthaften Erwideration zu würdigen, nicht antun wollen. Der christliche "Holzarbeiter" ist überhaupt sehr holz auf seine Weise, und von dem heiligen Geist erfüllt, sich an und zu reiben. Zu der gleichen Nummer des Blattes wird der Brief eines Rohrlegers wiedergegeben, den die Redaktion des christlichen "Weich" empfangen haben will und abgedruckt hat. Dieser Brief macht den Eindruck einer falschen Nachbildung der schriftstellerischen Leistungen des berühmten Zentrumsabgeordneten Hilser, die im "Simplissimus" veröffentlicht wurden, und es ist sehr wahrscheinlich, daß er nicht weit von der Redaktion des "Weich", welches ebenfalls von Stöcker's seligen Erben herausgegeben wird, entstanden ist. Zur "Holzarbeiter-Zeitung" oder zum Deutschen Holzarbeiterverband ist dieser Brief seinem Inhalt nach schlechterdings nicht in Beziehung zu bringen. Der christliche "Holzarbeiter" bringt dieses Kunstdstück aber doch fertig, und zwar indem er seinem Nachdruck folgende Einleitung gibt: "Je frümmer, je dümmer," behauptet die "Holzarbeiter-Zeitung". Dafür schlimmer ist, daß die "Motiv" noch dümmer summen als die Frümmen". "Wir würden dem "Frümmen", der so hübsch summen kann, gern zugestehen, daß er ein wahrer Auskund von Weisheit ist, aber wird er nicht dieses Lob aus lauter Frömmigkeit beschaffen ablehnen? Nein, wir sind nicht so boshaft, ihm die Annahme auf das Himmelreich freizig zu machen, welches ebenfalls den Namen in Eile ist in Aussicht gestellt ist. Wenn der fröhliche Verfasser der Notiz im christlichen "Holzarbeiter" diese Annahme nicht ohnehin schon hätte, mit der Leistung hätte er sie sicher erworben.

#### Gewerkschaftliches.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und die Neutralität.

Der Verhandstag der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine lagte in der Pfingstwoche in Berlin. Dieser Verhandstag, der alle 3 Jahre zusammentritt, ist eine Vertretung der einzelnen Gewerksvereine, welche die diese Organisationen gemeinsam berührenden Fragen berät und die Richtlinien für das weitere Vorgehen der Gewerksvereine festlegt. Insfern ist der Verhandstag der Gewerksvereine mit den Gewerkschaftskongressen der freien Gewerkschaften vergleichbar, mit dem Unterschied allerdings, daß bei der kleinen Zahl von Gewerksvereinern den von ihnen Verhandlungen gefassten Beschlüssen eine besondere Bedeutung nicht beizumessen ist, so sehr auch die Leiter der Organisation sich bemühen, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Die Verhandlungen des Verhandstages wurden eingeleitet durch ein Referat des Stadtrats Fleisch aus Frankfurt a. M., der über die Reform des Arbeiterrechts sprach. Es bezeichnete das Arbeitsverhältnis als ein Gewaltsverhältnis, welches durch den Arbeitsvertrag zu einem Rechtsverhältnis entwickelt werden muß. Die alsdann ange nommene Resolution erklärt diesen Gedanken als das wichtigste Prinzip für die gesamte Tätigkeit der Gewerksvereine. Es folgten dann weitere Referate über die Neuregelung des Konsolidationsrechtes und über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis. Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung war die Stellungnahme der Gewerksvereine zur Neutralitätsfrage.

Die Neutralitätsfrage ist eine Angelegenheit, die den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen schon viel Kopfschmerzen verursacht hat. Sie haben sich von jeher auf ihre parteipolitische Neutralität sehr viel eingebildet, ohne daß sie in Wirklichkeit je politisch neutral gewesen wären. Die Gewerksvereine wurden Ende der 80er Jahre von der damaligen Fortschrittspartei ins Leben gerufen und proletarisch um die Arbeiter, die begannen, sich der träßiger werdenden Sozialdemokratie anzuschließen, bei den eigenen Fahnen zu halten. Dementsprechend gab es auf lange Jahre hinaus für den Gewerksvereinlein ein größeres Verbrechen als daß Sozialdemokrat zu sein. Heiterlich müßten neueintretende Mitglieder durch einen Mevers erklären, daß sie der Sozialdemokratie nicht angehören. Dass ein solcher Mevers mit der politischen Neutralität nicht vereinbar ist, war den Führern der Gewerkschaftsvereinbewegung gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Nur die Erkenntnis, daß er den Rückgang der Gewerksvereine nicht aufzuhalten konnte, führte zu der allmählichen Beseitigung des Mevers. Aber ob mit oder ohne Mevers, waren und blieben die Gewerksvereinler die Protestionskinder der liberalen Parteien, und sie vergasten diese Protestion durch fleißige Unterstützung der Liberalen. Wenn diese von der Hilfe der schwindsüchtigen Gewerksvereine keinen oder nur geringen Vorteil haben, so liegt das nicht sowohl an dem guten Willen, als vielmehr an dem mangelnden Können der Hirsche.

Nun ist es zwar dem Freisinn, oder wie sich die verschiedenen freisinnigen Gruppen nach ihrem Zusammenschluß nennen, der Fortschrittslichen Volkspartei, sehr an genährt, unter ihren Anhängern und Wählern auch Arbeiter zu wissen. Die freisinnigen Herren lassen es auch den Gewerksvereinen gegenüber an feuridlichen und wohlwollenden Worten nicht fehlen, aber arbeiterfreundliche Taten sucht man bei ihnen vergebens. Daraus erklärt es sich, daß auch im Lager der Gewerksvereine der Miztmut gegen die Fortschrittsliche Volkspartei wächst. Dieser Stimme wurde auch auf dem Verbandslage-Mittdruck gegeben. Ein Delegierter knüpfte an die Worte des Verbandsvor sitzenden Goldschmidt an, der der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß die liberalen Parteien sich in Zukunft hoffentlich mehr der gerechten Arbeiterforderungen annehmen, und meinte, daß diese Hoffnung ebensofort, als sie gehegt wurde, auch entlaufen worden sei. Von anderer

Seite wurde gegen die Fortschrittspartei der Vorwurf erhoben, daß sie dem Führer der Gewerkschaften nicht einmal ein sicheres Reichstag- oder Landtagmandat verschafft habe, und Herr Goldschmidt selbst bezeichnete es als einen Fehler, daß man ihm bei Ausspielung der freisinnigen Landtagskandidaturen nur einen vollständig ausichtslosen Wahlgang zugewiesen habe.

Zu den Kreisen der Hirsch-Dauerschen fühlt man daß Unbefriedigende des bestehenden Zustandes. Trotz aller Neutralitätsbetonung ist die Tatsache, daß die Hirsche im Schleppan des Freisinn's treiben, für jeden Mundigen offenbar. Dabei spielen aber die Gewerkschaften in der fortschrittlichen Volkspartei nur eine passive Rolle. Um aus diesem Dilemma herauszulommen, macht sich eine stärker werdende Strömung im Gewerkschaftslager bemerklich, die mit der, in Wirklichkeit doch nicht vorhandenen, politischen Neutralität auch öffentlich brechen will. Auf dem Verbandstage fand diese Strömung wenig Gegenstiche, aber über das, was er nun eigentlich will, war sich der Verbandstag auch nicht recht klar. Er nahm eine Resolution an, in welcher es bedauert wird, daß kein führender Gewerkschafter in einem Parlament sitzt und gewünscht wird, daß diesem Mangel abgeholfen werde. Den maudaristischen Gewerkschaften soll es aber überlassen bleiben, welcher Partei sie ihre schäbigenwerte Kandidatur antrüten. In einer zweiten Resolution wird ausgesprochen, daß die Gewerkschaften religiös neutral und politisch unabhängig bleiben wollen; dabei werben die Mitglieder verpflichtet, einer politischen Partei beizutreten. Die Wahl der Partei steht jedem frei, aber die Gewerkschaften müssen, wenn sie das politische Gewicht der Mitglieder sozialpolitisch fruchtbar machen wollen, mit ihren Führern an der Spitze, sich in den Parteien Einfluss erringen".

Mit diesem Resultat ihres Eiertanzes sind die führenden Gewerkschaftsleiter im Gewerkschaftsverein sehr zufrieden. Das Zentralorgan „Der Gewerkschaftsverein“, attestiert sich das selbst. „Nur und bestimmt.“ so schreibt er, „ist mit diesem Beschluss gesagt, was zu tun aller Gewerkschaftsvereinser Pflicht ist.“ Andere Leute denken darüber anders. So bezeichnet es z. B. die den Gewerkschaftsvereinen giemlich itahestehende „Frankfurter Zeitung“ als „wirklich schon etwas deplaciert“, heute noch lange Reden über Neutralität und ihre Notwendigkeit zu halten. Zum Auschluß davon weist das Blatt auf den Widersinn hin, der darin liegt, daß der Volkspartei Vorwürfe gemacht werden, weil sie bei Wahlen die Gewerkschaftsvereine zu wenig berücksichtige. „Warum gerade die Volkspartei?“ so fragt sie, „wenn die Gewerkschaftsvereine neutral“ sind? Warum nicht die Sozialdemokratie?“ Zum Schluß gibt das volksparteiliche Blatt den Hirsehen folgenden Rat: „Die Fortschrittliche Volkspartei und die hirsch-Dünkerschen Gewerkschaften sollten sich enger aneinander schließen. Dabei käme auch für die Gewerkschaften mehr heraus als bei der fehligen verschwommenen Neutralität.“

Die politischen Neutralitätschmerzen der Hirsch-Dünkerschen Gewerbevereine erregen insofern einiges Interesse, als sie doch von Beugnus ablegen, daß man von dem mittlerhaften Charakter dieser Organisationen im eigenen Lager nicht recht erbaut ist; es mangelt den guten Leuten aber an der nötigen Energie, um klare unzweideutigestellung zu nehmen. Das hat aber für die Arbeiterschaft ihrer Allgemeinheit wenig zu bedeuten. Für den Fortschritt der Arbeitersklasse ist es völlig gleichgültig, ob das auslein Hirsche die liberalen Parteien nur offiziös unterstößt, oder ob es ein formelles Bündnis mit der Fortschrittlichen Volkspartei eingehlt. Die Hirsch-Dünkerschen Gewerbevereine sind ein Anachronismus in unserer Zeit. Wenn es auch wahr sein sollte, daß sie im vorigen Jahre wieder ein paar Mitglieder gewonnen haben, so fehlt ihnen doch jede Existenzberechtigung. In dem langatmigen Aufsatz, den Bentlektat und Verbandsleistung in Nr. 43 des „Gewerbevereins“ veröffentlich, ist die Niede von dem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft der Gewerbevereine“ und der frohen Hoffnung auf den sicheren Sieg der Gewerbevereinssache. Das ist eine angenehme Selbstauskunft. Die aufrichtige Genugtuung, welche die Leitung der Gewerbevereine über die überaus fruchtbare Tagung berichtet, kann den objektiven Beobachter nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Gebäude der Gewerbevereine innerlich versch ist und unaufhaltsam der Vernichtung entgegenbl. —

Die Aussperrung im Baugewerbe. Am 6. Juni trafen die Organisationen der Bauarbeiter zu außerordentlichen Generalversammlungen in Berlin zusammen, um zu den Auflösungsvorschlägen der Unparteiischen Stellung zu nehmen. In allen Versammlungen wurde darauf hingewiesen, daß die Verbände keineswegs gezwungen sind, im Kampf jetzt aufzuhören; sie können ihn, falls die Unternehmer die Einigung ablehnen sollten, noch auf längere Zeit hinaus fortführen. Der Schiedsspruch der Unparteiischen ist jedoch so ausgesessen, daß von den Dresdener Beschlüssen der Unternehmer nicht mehr viel übrig bleibt. Aus diesem Grunde wurde die Annahme von den Organisationsteilungen empfohlen. Dem stimmten auch die Generalversammlungen zu. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter hatten gemeinsam abgestimmt, doch erfolgte die Abstimmung gesondert. Für die Annahme stimmten 247 Maurer und 101 Hilfsarbeiter, dagegen 7 Maurer und Hilfsarbeiter. Bei den Zimmerern erfolgte die Annahme mit 106 gegen 10 Stimmen, und bei den christlichen Bauarbeitern erhoben sich nur 8 Stimmen gegen die Annahme. Die Unternehmer tagten zu gleicher Zeit in Leipzig. Von hier aus ging erst am späten Abend beim Reichsamt des Innern die Mitteilung ein, daß der Schiedsspruch angenommen sei, die dann noch den zu einer Abschlußversammlung zusammengetretenen Generalversammlungen der Arbeiterorganisationen mitgeteilt wurde.

Mit der Annahme des Schiedsspruchs ist aber die Kampagne nicht beendet. Die speziellen Arbeitsbedingungen sollten nach den Vereinbarungen örtlich geregelt werden. Bei diesen örtlichen Verhandlungen zeigt es sich nun fast durchgehend, daß die Vereinbarung über die mehr nebenfachlichen Punkte des Arbeitsvertrages ziemlich leicht vorstatten geht, aber über die Hauptfrage, Arbeitszeit und Lohnhöhe, ist fast nirgends eine Verständigung erzielen. Auscheinend befolgen die Unternehmer eine von ihrer Zentralleitung ausgegebenen Parole, in diesen Punkten keine Zugewandtheit zu machen. Das Schiedsgericht, welches die örtlichen Differenzen schlichten soll, tritt am 13. Juni in Dresden zusammen. Es wird eine Menge von Arbeit vorfinden, so daß es sehr zweifelhaft erscheint, ob die Arbeit, wie die Unparteiischen gewollt, schon am 15. Juni wird ausgenommen werden können. Komplikationen, welche die Wiederaufnahme der Arbeit auf einen viel späteren Termin hinausschieben, sind nach Lage der Dinge keineswegs außer dem Bereich der Möglichkeit. Aber auch dann, wenn die Arbeitsaufnahme bald erfolgt werden noch so viele Arbeiter für einige Zeit unterstützt werden müssen, daß die Sammlungen für die ungeschickten werden müssen.

Noch einmal: Die Fachtechnik in der Gewerkschaftspresse. Wir haben uns kürzlich mit einem von Genossen Kliche in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikel in dieser Zeitschrift beschäftigt (siehe Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“) und dabei einleitend erwähnt, daß unbedingt der Umstand Anlaß zu einer Besprechung gäbe, daß der Artikel in der „Neuen Zeit“ gestanden hat. Andernfalls wäre er einer Beachtung nicht wert gewesen. Heft findet der Artikel auch in der „Neuen Zeit“ selbst einen Kritiker in der Person des Genossen H. Schmidt in Würzburg, der die Klicheschen Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit der fachtechnischen Weiterbildungsbemühungen der Gewerkschaften im wesentlichen mit den gleichen Argumenten bekämpft, die wir ins Feld geführt haben. Er fühlt sich aber darüber hinaus berufen, den Antwalt der Redaktion der „Neuen Zeit“ gegenüber den ungerechtfertigten Angriffen der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu spielen. Man hat bisher gemeint, daß es die „Neue Zeit“ sehr gut versteht sich selbst ihrer Haut zu wehren; daß nun gerade H. Schmidt aus Würzburg kommen muß, um sich der Verbrängten als wackerer Ritter anzunehmen, ist zum mindesten ein originelles Bild.

Schmidt spricht von gewissen gartenempfindenden Seelen denen es die „Neue Zeit“ nie recht machen kann, und meint schließlich: „Heut will die „Holzarbeiter-Zeitung“ die Rolle des Großinquisitors spielen und der „Neuen Zeit“ vorschreiben, was sie bringen soll. Man merkt die Absicht — — —“. Wir merken die Absicht ebenfalls, werden aber nicht bestimmt, sondern im Gegenteil recht belustigt, denn wir merken überdies, daß sich der Verteidiger der „Neuen Zeit“ mit seinen Vermutungen gründlich auf

dem Holzwege befindet. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist nämlich durchaus nicht so „gröningulstatorisch“ veranlagt, wie Schmidt vermutet. Am allerwenigsten fällt es ihr ein, der „Neuen Zeit“ einen Vorhalt wegen der Tendenz der Artikel zu machen, die sie bringt. Aber bei den engen Beziehungen, die zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen und im Interesse des guten Einvernehmens zwischen den beiden Zweigen der Arbeiterbewegung, dessen Pflege niemand mehr wünscht als die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“, dürfte es vielleicht begreiflich erscheinen, wenn wir es für zweckmäßig halten, daß das wissenschaftliche Organ der Partei etwas höhere Ansprüche an die Qualität der Arbeiten stellt, die sie veröffentlicht, als dies in dem Falle sollte geschehen. Wollt doch auch Schmidt konstatieren, daß welche im letzten Absatz seines Artikels dessen ersten Teil beschönigt und das dort Gesagte vollständig über den Haufen wirft.

Wie sind der Meinung, daß es ein Fehler war, daß dieser Artikel Aufnahme in der „Neuen Zeit“ gefunden hat, weil durch solche Arbeiten auch die Qualität der wissenschaftlichen Zeitschrift der Sozialdemokratie beeinträchtigt wird. Berücksichtigt man dann noch die Tendenz der mangelhaften Arbeit, dann kann es den Anschein erwecken, als hätte man der Tendenz wegen über alle sonstigen Mängel des Artikels hinweggesehen. Und diesen Anschein sollte die „Neue Zeit“ im eigenen Interesse und im Interesse des guten Einvernehmens zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung vermeiden.

## Eingesandt

# **Centralcommission der Modellstitcher Deutschlands**

In der Branchenversammlung der Modelltischler Magdeburgs wurde die Neuwahl der Kommission vorgenommen, dieselbe besteht aus folgenden Stollegen: G. Mietz, Vorsitzender, Jaenike, Schriftführer, W. Welsh, U. Gussmann und Mr. Specht, Beisitzer. Die Adresse bleibt wie bisher G. Mietz, Martinstraße 8. Anschließend ersuchen wir die Sektionsleitungen dringend im Interesse einer einheitlichen Arbeit, die bis 15. Juni fälligen Berichte umgehend einzusenden. Etwa später eingehendes Material kann im nächsten Situationsbericht seine Verwendung finden.

Die Feierstallionimission  
J. A.: G. Ulrich.

## Brieffaſten

\* Raumangels halber mussten Korrespondenzen aus Wedum, Berlin (Modellfischler) und Stolp für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

## Arbeitslosigkeit im Monat Mai 1910

Die Zahlstellen, welche nicht berichteten, sind: Briesen, Ceres, Fosströw, — Lassan, Lübbtheen, Schwerin, — Gleiwitz  
Röbnit, Strehlen, — Seilehne, Mühlberge, — Vorna, Limbach, Willau, Wolkenstein, — Oberneubrunn, Ohrdruf, Triptis, —  
Blankenburg a. d., — Alpenrade, Burgdamm, Gellertf, Veer, — Delligsen, Heschen, Verden, — Benkheim, Überbach, Friedberg,  
Lambrecht, Oberstein, Wilsel, — Hersbruck, Nehau, — Deggendorf, Rüssel, Würzseeen, Rosenheim, Wörishofen, — Alten-  
steig, Haslingen, Geißlingen, Heldenheim, Holzgerlingen, Laupheim, Märtitz, Meichenbach, Neutingen, Trossingen, Tübingen,  
Gess-Schopfheim.

Zur besseren Übersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit folgen wir noch folgende Vergleichszahlen bei

	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats						Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose						
	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1906	1906	1907	1908	1909	1910	
Januar . . .	2692	8256	4870	8163	10005	5483	Januar . . .	2,58	2,47	2,87	5,81	7,07	8,62
Februar . . .	1917	2318	4100	7083	8080	4044	Februar . . .	1,81	1,72	2,68	4,80	5,67	2,79
März . . . .	1559	2121	3688	6529	6316	3178	März . . . .	1,44	1,56	2,45	4,43	4,40	2,89
April . . . .	1765	2170	3162	6754	5212	3518	April . . . .	1,61	1,54	2,32	4,62	3,82	2,84
Mai . . . .	1284	2127	2794	6486	4457	3967	Mai . . . .	1,16	1,48	1,87	4,39	3,10	2,63
Juni . . . .	1227	1916	2380	6180	4491	—	Juni . . . .	1,08	1,38	1,56	4,18	3,10	—
Juli . . . .	1134	1612	2050	5874	3726	—	Juli . . . .	1,00	1,18	1,31	3,72	2,57	—
August . . . .	901	1227	1761	4385	2661	—	August . . . .	0,76	0,84	1,17	3,03	1,82	—
September . . .	1060	1633	2575	4747	2717	—	September . . .	0,87	1,11	1,72	3,80	1,85	—
Oktober . . . .	1984	2390	3823	5484	3260	—	Oktober . . . .	1,58	1,68	2,60	3,88	2,21	—
November . . . .	1914	2317	4565	7018	3888	—	November . . . .	1,49	1,53	3,07	4,87	2,63	—
Dezember . . . .	3290	4649	8256	12651	7101	—	Dezember . . . .	2,62	3,03	5,58	8,89	4,77	—

